Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1946

64 (6.8.1946)

Visual Library

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b—5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise 3mal wöchentlich. Bezirksausgaben für Pforzheim (Ebersteinstr. 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang | Karlsruhe, Dienstag, 6. August 1946 | Nummer 64

Einzelverkaufspreis 20 Pfg. Monatl. Bezugspreis RM 2.20, durch die Post bezogen RM 2.60 zuzügl. RM 0.36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.—; in Bezirksausg. RM 1.-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Truman zur Pariser Konferenz

Washington. 5. August. (dana) Die Ver. Staaten verlangen von der Pariser Friedenskonferenz keine Vergrößerung ihrer Macht, und keinen territorialen Gewinn oder Reparationszahlungen. Wir fordern nur einen gerechten Frieden für alle, erklärte Präsident Trumann auf einem Diner anläßlich des 39. Jahrestages der amerik. Luftstreitkräfte.

500 Gäste, unter denen sich Kriegsminister Patterson, der Oberbefehlshaber der amerik. Luftstreitkräfte General Karl Spaatz, Innenminister Krug, Finanzminister Snyder und Flottenadmiral Ernest J. King befanden, nahmen an dem Diner teil.

Präsident Truman brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die Bemühungen Außenministers Byrnes, auf der Pariser Konferenz erfolgreich sein würden. Das Ziel dieser Bemühungen sei, Gerechtigkeit zu erlangen „für die, die zu uns kämpften, wie für die, die auf unserer Seite standen".

Ein Friede sei nur dann möglich, wenn eine Polizeimacht bestände, die diesen Frieden erwäge. Er betonte ferner, die Ver. Staaten würden stark bleiben und Land-, Luft- und Seestreitkräfte behalten, um für den Frieden zu kämpfen. „Wenn man nicht das Herz und die geistige Ausdauer hat, den Frieden zu errichten, so bedeutet es wenig, den Krieg zu gewinnen."

Ein Appell Bidaults

Paris. 5. August. (dana) Der franz. Ministerpräsident Bidault sah sich am Freitag kurz vor Mitternacht genötigt, an die Einheit des Kabinetts zu appellieren und forderte alle Parteien auf, die Vorschläge der Regierung zu unterstützen.

Der Appell Bidaults folgte einer scharfen Auseinandersetzung in der franz. verfassunggebenden Versammlung über die Vorlage der Regierung, auch die Gehälter der Beamten um 25 Prozent zu erhöhen. Sozialisten und Kommunisten hatten die Regierungsvorschläge kritisiert und eine Gehaltserhöhung für die laufenden Gehälter gefordert. Beide Parteien forderten ebenfalls eine Erhöhung der Pensionen der früheren Soldaten um das Vierfache des Vorkriegsstandes, während die Regierungsvorlage nur eine dreifache Erhöhung vorgesehen hatte. Der franz. Kommunistenführer Thorez warf dem Finanzminister Robert Schumann (MRP) vor, er bevorzuge höhere Beamte im Gegensatz zu den „kleinen". Schumann wies diese Vorwürfe jedoch als "übles Wahlmanöver" der Kommunisten zurück und wies darauf hin, daß die geplante Gehaltserhöhung den Staat in den nächsten sechs Monaten ohnehin 28 Milliarden Frank (rund 56 Millionen Pfund) kosten werde.

USA und internat. Gerichtshof

Washington. 5. August. (dana) Der amerik. Senat billigte am Freitag mit 60 gegen 2 Stimmen den Vertrag, in dem die Ver. Staaten die Entscheidungen des internat. Gerichtshofes als bindend anerkennen. Die Resolution bezeichnet Entscheidungen des internat. Gerichtshofes in folgenden Angelegenheiten als für die USA bindend: 1. Auslegung von Verträgen. 2. Fragen des internationalen Rechts. 3. Bruch internationaler Abmachungen. 4. Wiedergutmachung für Brüche internationaler Abmachungen.

Ein Ergänzungsvorschlag, der mit 50 gegen 12 Stimmen angenommen wurde, nimmt solche Streitigkeiten aus, die von beiden Parteien einem andern als dem internat. Gerichtshof unterbreitet werden sowie Konflikte, die ihrer Natur nach unter die Gerichtsbarkeit der Ver. Staaten fallen.

Tag des Sieges am 14. August

Washington. 5. August. (dana) Präsident Truman proklamierte am Samstag den 14. August, den Tag der japanischen Kapitulation, zum Tag des Sieges, an dem der Weltkrieg beendet wurde und der die Völker der Welt von der Bedrohung der geistigen und körperlichen Versklavung befreite. Truman forderte das amerik. Volk auf, diesen Tag mit Gebeten und guten Vorsätzen für die Förderung der Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit, des Friedens und der internationalen Verständigung zu begehen.

Recht und Gerechtigkeit ausschlaggebend

Stellungnahme der kleinen Nationen — Sondersitzungen der Großen Vier — Deutsches Problem im Hintergrund

Paris, 5. Aug. (dana) Die Mitglieder des Verfahrensausschusses erörterten in ihrer Freitagsitzung einen Antrag des neuseeländischen Delegierten, der vorgeschlagen hatte, den dauernden Vorsitz der Konferenz Frankreich zu übertragen. Der Vorschlag wurde vom holländischen, kanadischen und brasilianischen und mit einigen Einschränkungen vom französischen Delegierten unterstützt. Der sowjetische Vertreter Wyschinski und der Norweger Dr. Hambro traten für einen abwechselnden Vorsitz ein.

Der polnische Delegierte Rzymowski forderte die Beteiligung Polens an der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Klauseln der Friedensvertragsentwürfe mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Er erklärte, Polen könne sich nicht damit zufrieden geben, nur „angehört" zu werden, da es sich praktisch mit Ungarn im Kriege befunden habe. Außenminister Molotow unterstützte den polnischen Antrag mit der Begründung, daß ungarische Truppen polnisches Gebiet besetzt hätten und daß Polen gegen sie gekämpft habe. Außenminister Byrnes, der englische, der südafrikanische und der holländische Delegierte lehnten den polnischen Antrag ab. Zum Abschluß der Debatte zog der polnische Delegierte seinen Antrag zurück, brachte jedoch seine Genugtuung zum Ausdruck, daß die Beteiligung Polens am Kriege anerkannt worden sei, wenn sich auch verschiedene Abordnungen aus technischen Gründen gegen seinen Vorschlag stellten.

Außenminister Jan Masaryk erklärte, das tschechoslowakische Volk lehne eine Erneuerung von vertraglich festgelegten Rechten der Minderheiten innerhalb der tschechoslowakischen Staatsgrenzen ab. Masaryk wies dann auf die Beteilignug der Tschechoslowakei am Kriege auf der Seite der Alliierten hin.

In einem Appell an die Delegierten forderte Masaryk diese auf, nichts unversucht zu lassen, um einen dauernden Frieden zu sichern.

Der kanad. Premierminister Mackenzie King schlug in seinen anschließenden Ausführungen vor, die Außenminister der Großen Vier sollten in Sondersitzungen während der Pariser Konferenz die noch ungelösten Hauptfragen erörtern, um die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Nationen nach Möglichkeit zu verringern. „Ausschlaggebend für die Beteilizung an der Schaffung des Friedens sollte weder die Größe und die Macht eines Mitgliedstaates an der Konferenz noch die Größe seines Beitrages zur Erringung des Sieges sein. Recht und Gerechtigkeit allein sind ausschlaggebend", fuhr Mackenzie King fort. Keine Nation könne allein bestehen. Jede sei auf die andere angewiesen. Im Interesse der eigenen Bevölkerung könne es sich kein Staat leisten, selbstsüchtige nationale Ziele zu verfolgen.

Der pol. Delegierte Vincent Rzymowski versicherte, daß sich sein Land mit den Entscheidungen der vier Großmächte einverstanden erkläre und dies als den besten Weg ansehe, die Aufgabe der Konferenz zu erfüllen. Rzymowski wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, er sei sich der Wichtigkeit des deutschen Problems bewußt, halte jedoch die Zeit zur Erörterung dieser Fragen noch nicht für gekommen.

Der nächste Sprecher war der Leiter der abessinischen Delegation, Aelilou Aklilou, der darauf hinwies, daß die von seinem Land beanspruchten Gebiete ein Teil des abessinischen Kaiserreichs vor der ital. Aggression gewesen sind.

Als Letzter sprach der weißrussische Vertreter Kisselow, der betonte, daß er dem Vorschlag der Großen Vier, die ital. Kolonien bis zu einer endgültigen Regelung vorläufig unter brit. Kontrolle zu lassen, nicht zustimmen könne.

Byrnes für wechselnden Vorsitz

Zu Beginn der Samstagsitzung des Verfahrensausschusses zog der holländische Delegierte van Starkenborgh seinen Antrag, Frankreich den Dauervorsitz der Konferenz zu übertragen, zurück. Die Delegierten Neuseelands und Brasiliens nahmen ihre Anträge, die sie am Vortage gestellt hatten, ebenfalls zurück. Den neuen Vorschlag Hollands, daß die Konferenz von sich aus den Vorsitzenden wählen solle, lehnte der tschechoslowakische Abgeordnete Clementis ab und forderte auf, den Vorschlag des Rates der Außenminister auf einen Wechsel des Sitzes anzunehmen. Der Vertreter Belgiens unterstützte den holländischen Vorschlag. Molotow seinerseits bestand auf der Annahme des Vorschlages der Großen Vier. Auch Byrnes erklärte, daß er weiterhin den Vorschlag eines wechselnden Vorsitzes unterstütze. In einer anschließenden Abstimmung wurde der holländische Antrag mit 12:8 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Im Verlaufe der Sitzung wurde der zweite Teil der von dem Rat der Außenminister aufgestellten Geschäftsordnung ohne Abstimmung angenommen. Danach werden sich die Vertreter der fünf Großmächte — Ver. Staaten, Großbritannien, Sowjetunion, Frankreich und China — in alphabetischer Reihenfolge im Vorsitz der Vollsitzungen der Pariser Konferenz abwechseln.

Als erster Redner in der Samstag-Vollsitzung erklärte der indische Delegierte, das indische Volk wende sich gegen die Fortführung jeglicher Art von kolonialer Ausbeutung. Er sagte: „Wirklicher Wohlstand und Dauerhaftigkeit in Nord- und Ostafrika kann nur durch Errichtung eines Systems geschaffen werden, durch das den Bewohnern dieser Gebiete die Selbstverwaltung garantiert wird."

Anschluß des Nord-Epirus an Griechenland, Übernahme des Dodekanes und Berichtigung der griechisch-bulgarischen Grenze forderte der griechische Ministerpräsident Tsaldaris. Er betonte, daß hinter diesen Forderungen keine Vergeltungsabsicht stecke. Griechenland stelle im einzelnen folgende Ansprüche: 1. Wiedergutmachung der durch die Aggressoren angerichteten Schäden. 2. Festigung der territorialen Sicherheit Griechenlands durch Anschluß des Nord-Epirus und durch Berichtigung der griechisch-bulgarischen Grenze. 3. Bestätigung der vom Rat der Außenminister beschlossenen Uebergabe des Dodekanes an Griechenland durch die Friedenskonferenz.

Für die Rechte der kleinen Nationen

Für die Rechte der kleinen Nationen setzte sich der belgische Außenminister Paul Henry Spaak ein. Diese Rechte müßten geachtet werden, wenn auch eine vollständige Gleichberechtigung zwischen den einzelnen Staaten eine Utopie sei und man den Großmächten gewisse Garantien und Vorrechte einräumen müsse. Die bisher bedeutendste Rede sei die des Außenministers Byrnes gewesen, der versprochen habe, alle von einer Zweidrittelmehrheit vorgebrachten Vorschläge zu unterstützen. Wenn die übrigen Großmächte sich zu gleichen Zugeständnissen entschließen könnten, so würde die ganze Atmosphäre mit einem Schlage geklärt sein und die Arbeit der Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß kommen.

Der ukrainische Delegierte Dimitri Manuileski schlug in seinen Ausführungen eine Zollunion zwischen dem Triester Freihafen und Jugoslawien, eine gemeinsame Verwaltung der Eisenbahnen, der Post und des Telegraphennetzes sowie die Schaffung einer gemeinsamen Währung mit Jugoslawien vor.

Als letzter Sprecher erklärte der Leiter der südafrikanischen Delegation, General Frank Theron: „Südafrika fordert, daß wir nicht nur die vier Freiheiten im Munde führen, sondern daß die Nationen für sie eintreten sollen, damit die Grundsätze der Atlantik-Charta und der Charta der Vereinten Nationen beibehalten und auf die Lebensweise der gesamten Menschheit übertragen werden".

Nach der Ansprache des südafrikanischen Delegierten schloß Ministerpräsident Bidault die bisher längste Vollsitzung, nachdem jetzt sämtliche 21 Delegationen ihre Antwortreden auf die Eröffnungsansprache Bidaults gehalten haben.

Programm der Welternährungskonferenz

Washington, 5. August. (dana) Die geplante Tagesordnung für die zweite Sitzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, die am 2. September in Kopenhagen beginnen soll, wurde am Freitag bekanntgegeben.

Sir John Boyd Orr, der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, wird zunächst einen Entwurf des Programms vorlegen, das in der ganzen Welt auf lange Sicht Mangel auf der einen Seite und Ueberfluß an Lebensmitteln auf der anderen Seite verhindern soll. Weiter soll ein umfassender Ueberblick über die Welternährung auf Grund von Informationen aus 70 Staaten erreicht werden. Außerdem sind technische Berichte über die Aussichten in den einzelnen Zweigen der Ernährung und Landwirtschaft vorgesehen, die von dem neu gegründeten ständigen beratenden Ausschuß von Fachleuten gegeben werden, der noch vor der Konferenz Beratungen seiner einzelnen Unterausschüsse abhält.

Die Ernährungskonferenz in Kopenhagen wird sich mehr mit den Grundsätzen einer auf lange Sicht aufgebauten Welternährungspolitik beschäftigen als mit Einzelfragen. Als nächster Schritt sollen dann Ausschüsse gebildet werden, um Einzelheiten des vorgeschlagenen Programms auszuarbeiten. Das Datum für die Kopenhagener Welternährungskonferenz wurde so gewählt, daß noch vor der am 23. September in New York beginnenden Versammlung der Vereinten Nationen die ersten Maßnahmen in die Wege geleitet werden können.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, der 42 Staaten angehören, hat Argentinien, die Sowjetunion, Weißrußland, die Ukraine, Costarica, Salvador, Iran, Saudi-Arabien, Italien und die Schweiz eingeladen, Beobachter zu der Kopenhagener Ernährungskonferenz zu entsenden.

Erster Jahresbericht der UN-Landwirtschaftsorganisation

Washington. 5. August (dana). Der erste Jahresbericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN wurde am Freitag von Generaldirektor Sir John Boydnorr veröffentlicht.

Der Bericht weist zunächst darauf hin, daß der neu geschaffenen Organisation nicht lange Zeit blieb, sich zu organisieren und langwierige Vorerhebungen und Untersuchungen anzustellen, sondern daß sie durch die katastrophale Notlage in weiten Gebieten der Welt zum sofortigen Handeln gezwungen war. Das wichtigste Ereignis war die von der FAO einberufene Sondersitzung zur Behandlung unaufschiebbarer Ernährungsprobleme im vergangenen Mai, aus der sich die Bildung des internationalen Ernährungsrates für Notzeiten ergab, der das vereinte Ernährungsamt der UN ablöste. Der Entwurf für ein Welternährungsprogramm auf lange Sicht, der Material aus 70 Ländern verwendet, sei nahezu abgeschlossen und soll der Kopenhagener Konferenz vorgelegt werden.

UNRRA-Tätigkeit endet am 31. Dezember

Paris, 5. August. (INS) La Guardia, der Generaldirektor der UNRRA, erklärte am 31. 7. in Paris, die UNRRA werde ihre Tätigkeit am 31. Dez. 1946 einstellen müssen, weil sie für 1947 über keinerlei Mittel zur Fortsetzung ihres Dienstes verfüge. Die Unterbringung der Juden sei eines der schmerzvollsten Probleme, das ihm auf seiner Europareise entgegengetreten sei. Es gebe augenblicklich 830 000 Personen, die in Verschleppten-Lagern untergebracht seien. Die Regierung der Ver. Staaten habe vorgeschlagen, 120 000 Personen aufzunehmen und auch Brasilien habe sich bereit gezeigt, führend an der Beseitigung dieser menschlichen Not mitzuwirken.

Amerika hilft deutschen Kindern

NewYork, 5. Aug. (dana) Die erste Lieferung von mehr als 500 Kinderkleidungsstücken, die von der Frauenabteilung des amerikanischen Hilfswerks für Deutschland angefertigt wurden, hat vor kurzem den NewYorker Hafen verlassen. Das Hilfswerk plant seine Arbeit so zu beschleunigen, daß noch vor Einbruch der kalten Jahreszeit weitere Lieferungen bereitgestellt werden können.

La Guardia sprach in Frankfurt

Frankfurt/M., 5. August. (dana) Ein Plan, nach dem verschleppte Personen bei ihrer Rückkehr in ihre Länder 90 Tagesrationen als Reiseproviant verabfolgt werden sollen, wurde am Samstag von dem Generaldirektor der UNRRA, Fiorella La Guardia, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt bekanntgegeben. Dieser Plan soll sowohl von der UNRRA als auch von den zuständigen amerik. und brit. Militärbehörden unterstützt werden. La Guardia, der sich von Nürnberg kommend auf dem Wege nach Genf befindet, erklärte in diesem Zusammenhang weiter, daß falls sich die Armee bereit erklären würde, die Versorgung mit Lebensmitteln zu übernehmen und der Plan zur Durchführung komme, man alles menschlich Mögliche zum Rücktransport dieser Personen getan habe. Auf die Frage hinsichtlich der Zukunft der verschleppten Personen erklärte La Guardia, daß diese Personen nicht ihr ganzes Leben in Lagern verbringen könnten. Für viele von ihnen, die nicht in ihr Geburtsland zurückkehren könnten, müsse eine Auswanderungsmöglichkeit gefunden werden.

München, 5. August. (dana) Der Generaldirektor der UNRRA, La Guardia, traf am 1. August auf dem Riemer Flughafen in München ein, wo er von dem Leiter der UNRRA-Mission in Deutschland, General Sir Frederik Morgan, und dem Zonenchef der UNRRA, John H. Whiting, empfangen wurde.

DANA funkt:

Aus aller Welt

Washington. Der Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen im Mittelmeerraum, General Sir William D. Morgan, hat den Vorwurf La Guardias, daß die in Triest eintreffenden UNRRA-Hilfsgüter für Jugoslawien, Oesterreich, die Tschechoslowakei und Ungarn durch organisierte Diebstähle zu einem großen Teil nicht ihren Bestimmungsort erreichten, zurückgewiesen.

London. Der englische Außenminister Bevin ist, wie vom britischen Außenministerium bekanntgegeben wurde, wieder soweit genesen daß er an der nächsten Kabinettssitzung teilnehmen kann.

London. Zwischen der britischen und der österreichischen Regierung ist nach Bekanntgabe des britischen Schatzamtes ein Zahlungsabkommen unterzeichnet worden. In dem Abkommen wird erklärt, daß die bestehenden Beschränkungen von Handels- und Finanzbeziehungen mit Personen in Oesterreich aufgehoben werden, um dadurch laufende Geschäfte zu ermöglichen.

Paris. Der französisch-polanische Handelsvertrag ist am Freitag unterzeichnet worden. Polen wird an Frankreich Kohlen, Früchte, Baumwollstoffe und Papier liefern, während Frankreich im Austausch Eisenerz, Farben, Kraftwagen, Eisenbahnmaterial und Maschinen für die Textilindustrie geben wird.

Luxemburg. Die „Weltförderation der UN-Gesellschaften" wurde am Freitag gegründet.

Den Haag. Presseberichte, denen zufolge etwa 3000 in Deutschland lebenden Holländern, die während des Krieges deutsche Frauen geheiratet hatten, die Rückkehr nach Holland gestattet worden sei, wurden am Freitag von amtlicher Seite dementiert. Wie es heißt, wurde über die Rückkehr dieser Holländer bisher noch keine Entscheidung getroffen.

Kopenhagen. In wenigen Tagen soll die erste Zivilluftverkehrslinie zwischen Dänemark und Deutschland eröffnet werden, die Kopenhagen direkt mit Frankfurt verbindet.

Warschau. Eine Million Deutsche sind in der Zeit vom 25. Februar bis 1. August aus Polen ausgewiesen worden. 775 000 davon wurden in der brit. Zone aufgenommen.

Innsbruck. Das kommunistische Blatt „Die Tageszeitung" wurde von der franz. Militärregierung in Oesterreich für 30 Tage verboten weil es die Politik der Militärregierung kritisiert hatte.

White Sands (Mexiko). Ein Höhenweltrekord wurde am 30. Juli mit einer Versuchsrakete, die in der Wüste von Neu-Mexiko abgeschossen wurde, aufgestellt. Das Geschoß erreichte eine Höhe von 166 Kilometern und überbot damit die bisherige Höchstleistung erheblich. Die Rakete führte Instrumente zur Messung der Temperatur und der kosmischen Strahlen mit sich.

Schanghai. 23 Deutsche, die unter dem Verdacht stehen, nach der Kapitulation Deutschlands für Japan gearbeitet zu haben, werden in China vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt werden.

Letzte Neuigkeiten

Paris, 6. August. (dana) Der sowjetische Außenminister Molotow nahm in einer halbstündigen Rede gegen den britischen von Byrnes unterstützten Abänderungsvorschlag für die vom Außenministerrat vorgeschlagene Zweidrittelmehrheit Stellung. Molotow wies erneut auf die Wichtigkeit einer Zweidrittelmehrheit bei den zukünftigen Abstimmungen der Konferenz hin und erklärte, daß der britische Abänderungsvorschlag die vom Außenministerrat getroffene Entscheidung zunichte mache. Die jetzt von den Briten eingenommene Haltung stände in direktem Gegensatz zu ihrer früheren Einstellung beim Rat der Außenminister. (Der britische Abänderungsvorschlag sieht vor, daß Empfehlungen, die nur eine einfache Mehrheit erhalten, zusammen mit den mit Zweidrittelmehrheit eingebrachten Vorschlägen dem Außenministerrat vorgelegt werden, jedoch „von geringerem Gewicht" sein sollen.) Molotow schlug am Schluß seiner Ausführungen vor, daß der Beschluß der vier Außenminister, der die Zweidrittelmehrheit für Abänderungsvorschläge seitens der Konferenz vorsieht, so erweitert wird, daß diejenigen Empfehlungen, die keine Zweidrittelmehrheit erhalten, jeweils von den einzelnen Delegationen dem Rate der Außenminister direkt unterbreitet werden sollten.

Rouen, 6. August. (dana) Die Internationalisierung des Ruhrgebietes, die Angliederung der Saar an Frankreich und die Errichtung einer Sonderregierung für das Rheinland wurden von dem stellv. französischen Ministerpräsidenten und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez, am Sonntag in einer Rede gefordert.

Sicherung der Menschenrechte

New York, 5. August. (dana-Sonderdienst) Der Leiter der Abteilung für Menschenrechte der UN, Petrus J. Schmidt, gab am 31. Juli seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Außenministerrat daran festgehalten habe, in den Friedensvertragsentwürfen für die fünf früheren Verbündeten Deutschlands, Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland, geeignete Vorkehrungen zur Sicherung der Menschenrechte zu treffen.

Die Entwürfe der Friedensverträge für diese Länder enthalten die Bedingung, daß jedem, ohne Berücksichtigung der Rasse, des Geschlechtes, der Sprache und der Religion, der volle Gebrauch der Menschenrechte zugesichert werde.

Petrus J. Schmidt betonte, daß die Friedensvertragsentwürfe „die Charta der Vereinten Nationen noch übertreffen, da sie die Freiheit der politischen Einstellung und Meinungsäußerung, die Versammlungs-, Presse- und Religionsfreiheit zu den Grundrechten des Menschen zählen".

Welt-Kirchenkonferenz

New York, 5. August. (dana-Sonderdienst) Eine Gruppe führender amerikanischer Geistlicher verließ New York, um an der Welt-Kirchenkonferenz teilzunehmen, die vom 4. bis 17. August in Cambridge (England) stattfinden wird. An der Konferenz werden nahezu alle Konfessionen des christlichen Glaubens, mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche, teilnehmen. Die Teilnehmer an der Tagung werden 185 Millionen Mitglieder der protestantischen und orthodoxen Kirchen vertreten.

„Wir glaubten an den Führer"

Drei Gefolgsmänner Hitlers im Zeugenstand — Dokumente aus der Karlsruher NSDAP-Kreisleitung

Nürnberg, 5. August. (dana) Der britische Anklagevertreter Oberst Griffith Jones legte dem Gericht in der Sitzung am 31. Juli Dokumente über die Mitarbeit der Politischen Leiter bei der Wahlbeeinflussung und der Ermordung von Geisteskranken vor, ehe er den ehemaligen Kreisleiter des Kreises Kloppenburg-Oldenburg, Karl Meyer-Wendeborn ins Kreuzverhör nahm.

Griffith Jones verlas zunächst einen Brief der Kreisleitung Bremen an die Organisationsleiter vom 26. Mai 1936, worin mitgeteilt wurde, daß der Innenminister Frick „bis zum 3. Juni 1936 die Namen derjenigen Personen haben will, die sich bei der Wahl am 29. März 1936 (Volksabstimmung über die Besetzung des Rheinlandes und „Reichstagswahlen") der Stimme enthalten haben." Als nächstes Dokument verlas der britische Hauptanklager einen Befehl der Leitung des Sicherheitsdienstes in Erfurt vom 4. April 1938 an alle Ortsgruppen- und Stützpunkt-Leiter des SD, wonach mitgeteilt werden sollte, wer bei der Volksabstimmung am 10. April 1938 (über den „Anschluß") voraussichtlich mit „Nein" stimmen würde.

Die nächste von Griffith Jones vorgelegte Dokumentengruppe enthielt unter anderem eine Notiz des Gaustabsamtsleiters von Franken, Sellmer, vom 24. September 1940 an die Gauleitung in Franken. „30 000 Kranke sind bisher erledigt worden" heißt es in dieser Notiz, „weitere 100 000 bis 120 000 warten noch". In weiteren von dem britischen Anklager vorgelegten Dokumenten verweist die Parteileitung auf strengste Geheimhaltung aller die Ermordung von Irrenhaus-Patienten betreffenden Befehle und erteilt den Auftrag, den Verdacht der Bevölkerung zu zerstreuen.

„Besondere Männer"

Nachdem der Zeuge von den Dokumenten Kenntnis genommen hatte, fragte ihn der britische Ankläger, ob es nicht die Block- und Zellenleiter waren, die den höheren Parteistellen als Spitzel bei den Wahlen dienten. Meyer-Wendeborn verneinte, die Ortsgruppenleitung habe hierfür „besondere Männer" gehabt.

Griffith Jones: „Hatten Sie Kenntnis von dem sogenannten „Gnadentod" in den Irrenanstalten?" — Meyer-Wendeborn: „Mir wurde einmal das Gerücht zugetragen, daß man irgendwo Geisteskranke beseitigte. Auf meine sofortige Rückfrage bei der Gauleitung erhielt ich den Bescheid, dem sei nicht so, und ich solle in Zukunft keine derartigen Anfragen stellen."

Abschließend behauptete der Zeuge auf wiederholte Fragen des britischen Anklägers, daß es nie ein „Korps der Politischen Leiter" gegeben habe und daß alle derartigen Bezeichnungen in der Naziliteratur einen nie verwirklichten „Wunschtraum" darstellten.

Als nächster Zeuge wurde von Dr. Servatius der Ortsgruppenleiter Hans Wegscheider aus dem Kreis Kempten Land aufgerufen. Wegscheider, der von Beruf Schmied und „Tierheilkundiger" ist und außerdem die Bürgermeisterstelle seiner Heimatgemeinde inne hatte, erklärte, er habe einen Ueberblick über sämtliche 36 Ortsgruppen des Landkreises gehabt. Er selbst sei im Jahre 1933 in die Partei eingetreten, da er „den Niedergang des Landes als Geschäftsmann am eigenen Leibe verspürte" und sich vom Nationalsozialismus eine Besserung der Verhältnisse versprochen habe.

„Auch die Gau- und Kreisleiter", so erklärte der Zeuge, „waren Patrioten, die ihre Tätigkeit zum Wohle des Volkes ausübten". Das Parteiprogramm sei, sagte der Zeuge weiter, ihm wohl bekannt gewesen, er habe jedoch der Judenfrage keine Bedeutung beigemessen, da es im Landkreis Kempten keine Juden gegeben habe. Die Forderung nach „Lebensraum" habe er so aufgefaßt, daß es sich um die Rückgewinnung der Kolonien auf friedlichem Wege handelte, während er die Aufrüstung für ein „notwendiges Uebel" gehalten habe.

Auch vom Kampf der NSDAP gegen die Kirche will der Zeuge nie etwas erfahren haben. Eine Anweisung über das Lynchen alliierter Flieger habe er nie erhalten. „Wir waren alle gut katholisch", setzte er hinzu, „und waren der Ansicht, daß man Kriegsgefangene auch als solche behandeln müsse. Wir glaubten an die Friedensliebe des Führers, die er so oft betont hatte, und haben von den Verbrechen des Angriffskrieges nichts gewußt".

„Mir war nichts bekannt"

Der Anklagevertreter legte dem Zeugen Dokumente aus den Büros der Kreisleitungen Karlsruhe und Thann vor, in denen allen Ortsgruppenleitern dieser Kreise Anweisung über die strenge Behandlung ausländischer Arbeiter gegeben wurde. Unter anderem wurde befohlen, daß die ausländischen Arbeiter nicht im Hause des Bauern, sondern im Stall schlafen und essen sollten, daß sie weder Fahrräder noch öffentliche Verkehrsmittel benutzen, noch Kinos oder Gaststätten besuchen dürften. Der Zeuge Wegscheider erklärte, alle diese Anordnungen seien im Landkreis Kempten nicht bekannt gewesen. Er habe sich vielmehr für eine völlig gleiche Behandlung deutscher und ausländischer Landarbeiter eingesetzt.

Abschließend stellte der Sowjetrichter General Nikotschenko einige Fragen an den Zeugen, auf die dieser erklärte, er sei im Jahre 1933 freiwillig in die NSDAP eingetreten, habe das Parteiprogramm gekannt und im ganzen gebilligt. Heute sei er jedoch nicht mehr damit einverstanden.

Verwandte Goebbels verurteilt

Erbach, 5. August. (dana) Vier Verwandte des ehem. Nazi-Propagandaministers Dr. Josef Goebbels sind kürzlich von einem mittleren Militärgericht in Erbach für schuldig befunden worden, seinen Bruder Konrad Goebbels ein Jahr lang in einer Hütte auf den Höhen des Odenwaldes beherbergt zu haben. Käthe Goebbels, Ehefrau des Konrad Goebbels, wurde zu einem Jahr Gefängnis und einer Geldstrafe von 10 000 Mark verurteilt, während ihre Tochter Elsbeth, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erhielt. Der Schwiegervater Konrads, Wilhelm Kemmerbach, erhielt eine Geldstrafe von 5 000 Mark und eine Gefängnisstrafe von einem Jahr bei Strafaufschub. Anni Kemmerbach, Konrads Schwägerin, wurde mit 40 Tagen Gefängnis bestraft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Um den Frieden

Von Walter Schwerdtfeger

Seit dem 29. Juli tagt die große Friedenskonferenz in Paris, an der die „Großen Vier" sowie Vertreter 17 anderer Nationen teilnehmen. Die auf der Konferenz zur Beratung stehenden Friedensvertragsentwürfe sind von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Rußland und Frankreich ausgearbeitet worden und es geht nun darum, die Ansichten auch der kleinen Nationen zu hören und sie, wenn möglich, für die vorgelegten Vertragsentwürfe zu gewinnen.

Der bisherige Verhandlungsverlauf hat gezeigt, daß es an Differenzen nicht fehlt, doch weiß man, wie der amerikanische Außenminister Byrnes kürzlich betonte, „daß die Welt nicht still steht und daß entsprechende Wege gefunden werden müssen, um notwendige Aenderungen auf friedlichem Wege zu erreichen." Der Geist, in dem die Pariser Verhandlungen geführt werden, berechtigt zu der Annahme, daß Meinungsverschiedenheiten, wie sie bei Fragen von der in Paris zur Debatte stehenden Bedeutung selbstverständlich sind, zu überwinden sein werden. Die Konferenz wird die Welt also, wie immer ihr Resultat im einzelnen ausfallen wird, ein Stück auf dem Wege zum Frieden weiterbringen. Daß aber eine wirkliche Befriedung Europas erreicht werden wird, muß bezweifelt werden, da der Friede schließlich nicht nur auf rein politischen Fundamenten ruhen kann, sondern auch auf wirtschaftlichen basiert werden muß. Ihn von dieser Seite her zu sichern, wird solange nicht voll möglich sein, solange das deutsche Problem nicht gelöst ist. Die Lage wäre klar und einfach, wenn auf der Pariser Tagesordnung auch der Verhandlungspunkt „Friedensvertrag mit Deutschland" stünde. Der Theorie nach hätte dies geschehen können, da in den Potsdamer Vereinbarungen ein einheitliches Deutschland vorgesehen war. Deutschland sollte als wirtschaftliche Einheit behandelt werden, entsprechend sollten zentrale Verwaltungsstellen errichtet werden, Länderregierungen sind gebildet worden und man hätte sich vorstellen können, daß aus diesen heraus eine Art Zentralregierung hätte entstehen können. Man muß sich mit der Tatsache abfinden, daß die Entwicklung diesen Weg nicht gegangen ist, daß nicht einmal die wirtschaftliche Einheit Deutschlands hergestellt werden konnte. Eine zentrale deutsche Regierungsstelle gibt es nicht, infolgedessen keine Repräsentation des deutschen Volkes, der in Paris Friedensbedingungen hätten vorgelegt werden können.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland steht also in Paris nicht zur Diskussion, die Beratungen hierüber sind, wie es hieß, auf den Spätherbst vertagt worden. Trotzdem sitzt Deutschland als unsichtbarer Gast im Palais de Luxembourg mit am Verhandlungstisch. Gewiß ist Deutschland, durch die Schuld des Nazismus, zum Verhandlungsobjekt geworden. Das bedeutet nicht, daß ihm absolute Passivität Fragen gegenüber vorgeschrieben wäre, bei denen es um die deutsche Schicksalsentscheidung geht. Es ist denn auch von den verschiedensten Seiten mit aller Klarheit ausgesprochen worden, daß Deutschland ohne wirtschaftliche Einheit, ohne Verfügungsmöglichkeit über eine rein auf Friedensproduktion umgestellte Rhein-Ruhrindustrie zum wirtschaftlichen Tode verurteilt ist. Dieser deutsche Standpunkt hat, sieht man von kleinen Modifizierungen ab, im ganzen die Zustimmung der Vereinigten Staaten und Englands gefunden. Der amerikanische Außenminister erklärte am 17. Juli in einer Rundfunkrede, daß Deutschland auf der Zonenbasis nicht sonderlich gut funktioniere, daß die Potsdamer Vereinbarungen mit ihrer vorgesehenen Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit aufrecht erhalten werden müßten. Entweder werde die wirtschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Zonen (die praktisch die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit bedeuten würde) sichergestellt oder die Verantwortung für die Verletzung des Potsdamer Abkommens müsse der Macht zugeschoben werden, die diese Zusammenarbeit ablehne.

Das Kuriose ist, daß keine der Besatzungsmächte sich gegen die Wirtschaftseinheit erklärt hat, im Prinzip sind sie sämtlich dafür. Molotow sekte sich sogar für eine deutsche Zentralgewalt ein und lehnte eine Abtrennung von Rhein und Ruhr ab. Aber, und da eben liegt die große Schwierigkeit: er machte die Verwirklichung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit von politischen Bedingungen abhängig, die nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Erst müsse die Entnazifizierung in den Westzonen abgeschlossen, erst die Entmilitarisierung, die absolute Zerstörung des Kriegspotentials durchgeführt, die Bodenreform auch im Westen verwirklicht und schließlich Rußland die Zahlung von 10 Milliarden Dollar Reparationen garantiert sein. Ehe diesen Forderungen Molotows entsprochen sein kann, würde schätzungsweise mindestens ein Jahr vergehen. Wie sollen Reparationen, um nur diesen Punkt herauszugreifen, in der der Möglichkeit entsprechenden Höhe bemessen und gesichert werden können, ehe nicht ein Ueberblick möglich ist, wie weit Deutschland zu exportieren in der Lage sein wird und welche Ueberschüsse es aus der Ausfuhr gewinnen kann. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn Deutschland nach Verlauf eines Jahres Exportüberschüsse eines Umfangs aufzuweisen hätte, die ihm über die Bezahlung der unumgänglichsten Lebensmittelimporte hinaus noch Mittel für Reparationszahlungen ließen. Es wird dies um so weniger der Fall sein, je länger die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit verzögert wird. Die schwere Behinderung durch die Zonengrenzen lähmt den Güteraustausch derart, daß der Aufbau einer Exportindustrie nur äußerst langsam fortschreiten kann. Die Sicherung von Reparationen schon im Augenblick aber durch Demontage deutscher industrieller Werke macht jeden Wirtschaftsanstieg in dem Tempo, das die Notwendigkeit erheischt, unmöglich.

Dieser Sachlage haben die Vereinigten Staaten und England dadurch Rechnung getragen, daß sie die Zusammenarbeit mit anderen Zonen, wie es diplomatisch heißt, eingeleitet haben. Die Vertreter der amerikanischen und der britischen Militärregierung wollen also mit denen der anderen Besatzungsmächte in wesentlichen Verwaltungsfragen wie Finanzen und Transport, Nachrichtenverbindung, Handel und Industrie zusammengehen. Kommt dieses Zusammenwirken aller Zonen nicht zustande — die Entscheidung liegt jetzt bei Rußland — dann wird in dem Moment, zu dem man in Paris die Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland unter Dach und Fach bringen will, um den europäischen Frieden und die wirtschaftliche Wiedergesundung Europas zu ermöglichen, Deutschland praktisch in einen westlichen und einen östlichen Teil zerspalten sein. Das Unzulängliche würde damit Ereignis. Eine solche Zweiteilung Deutschlands müßte bei der verschiedenartigen Lagerung der agrarischen und industriellen Gebiete, bei dem starken Aufeinanderangewiesensein der deutschen Rohstoff- und der verarbeitenden Industrien eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands um Jahre zurückwerfen. Natürlich können beide Hälften mit Hilfe der Besatzungsmächte leben, aber sie werden eben beständig auf Hilfe angewiesen sein. Damit ist weder Deutschland wirklich geholfen, noch den Besatzungsmächten gedient. Der Weg, das deutsche Problem zu lösen, hat damit vorerst in eine Sackgasse geführt. Es bleibt uns nur die Hoffnung, daß noch in letzter Minute auch Rußland seine wiederholten Versicherungen, ein gesundes Deutschland zu wollen, durch Taten bekräftigen wird. Es geht nicht nur um Deutschland, es geht um Europa, das zu keiner Stabilisierung kommen kann, solange Deutschland ein halbiertes und damit wirtschaftlich lebensunfähiges Gebilde ist. Die Pariser Konferenz kann also wohl Friedensverträge abschließen und damit einen erfreulichen Fortschritt erreichen, sie kann aber eine Befriedung Europas nicht zustande bringen. Europa ist zu eng verflochten, als daß es friedlich leben und wirtschaftlich gesunden könnte, wenn nicht gleichzeitig auch für Deutschland friedliche und wirtschaftlich gesunde Zustände geschaffen werden.

s

Die Konferenz in Paris soll nach offiziellen Verlautbarungen bis Anfang September dauern. Die Möglichkeit einer nachträglichen Erweiterung ihrer Tagesordnung wäre rein zeitlich gegeben. Sachlich ist die Notwendigkeit solcher Programmausdehnung noch nicht bejaht worden. Und es bleibt abzuwarten — mit wenig Hoffnung —, ob sich die Erkenntnis nicht doch im Laufe der weiteren Verhandlungen durchsetzen wird, daß eine große Lösung einer kleinen und unzureichenden vorzuziehen wäre.

Verfassungsausschuß für Württemberg-Baden

Christliches oder ewiges Sittengesetz — Wirtschaftsdemokratie — Baden-Württemberg — Die Stellung der Justiz

Am Mittwoch, den 31. Juli 1946, wurden die Kommissionsberatungen wieder aufgenommen. Nach nochmaliger Aussprache kam es zur Abstimmung darüber, welches Sittengesetz dem Leben des Menschen in der Gemeinschaft zugrunde gelegt werden solle. Die CDU-Fraktion hatte, wie bekannt wurde, in der ersten Sitzung bemängelt, daß nicht das christliche Sittengesetz in Vorschlag gebracht sei. Da die SPD und DVP dies nicht für vertretbar hielten, machte die CDU den Vorschlag, vom göttlichen Sittengesetz zu sprechen. Aber auch dieser Vorschlag fand bei den übrigen Parteien keine Gegenliebe, obwohl von CDU-Seite ausdrücklich betont wurde, daß es wesentlich darauf ankomme, ob man Gott gegenüber verantwortlich sein wolle oder nicht. Schließlich entschied sich die Mehrheit gegen 7 Stimmen der CDU für einen Antrag von demokratischer Seite, wonach die Fassung „ewiges Sittengesetz" bevorzugt wurde. Der Antrag der CDU verfiel der Ablehnung.

Einen wesentlichen Raum nahm die Debatte über die Sozial- und Wirtschaftsordnung ein. Hier wurden von verschiedenen Seiten auch mehr oder weniger wichtige Abänderungsanträge eingebracht und begründet. Man war sich allgemein darüber einig, daß die Wirtschaftsdemokratie in die Wirtschaftsführung ihren Einzug halten solle, wenn auch in Einzelheiten gewisse Meinungsverschiedenheiten von geringerer Bedeutung zu Tage traten. Der Ausschuß sprach sich u. a. für die absolute Gleichstellung von Mann und Frau bei Arbeit und Beruf aus. Der Artikel 14 des Entwurfs wurde dahin ergänzt, daß die Arbeit nicht allein unter den besonderen Schutz des Staates gestellt ist, sondern auch als sittliche Pflicht angesehen wird. Besonders umfangreich gestaltete sich die Aussprache über Art. 15, der das Arbeitsrecht berührt und dem Arbeitnehmer vor allem die Möglichkeit gewährleisten soll, wirksamen Einfluß auf den Betrieb zu nehmen. Die Mehrheit entschied sich für den Grundsatz, daß Vertreter der Arbeitnehmer an der verantwortlichen Gestaltung der Betriebe — es ist dabei namentlich an größere Unternehmen gedacht — zu beteiligen sind. Das Streikrecht wird anerkannt. In der Frage der Sozialisierung war man sich darüber klar, daß bei der Überführung von Unternehmungen und Wirtschaftszweigen in Gemeineigentum, die auf gesetzlichem Wege erfolgen muß, Entschädigungen zu gewähren sind, und zwar nach billigem Ermessen sowie unter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Lage der Betroffenen. Wir behalten uns vor, gelegentlich den gesamten Wortlaut dieser Bestimmungen wiederzugeben und dazu näher Stellung zu nehmen, da es im Rahmen dieser kurzen Uebersicht nicht möglich ist, alle Gesichtspunkte genügend darzulegen.

Am Donnerstag stand im Mittelpunkt der Verfassungsausschußberatungen das Verhältnis

Baden—Württemberg

Ein Antrag der CDU brachte zunächst zum Ausdruck, daß Württemberg-Baden als selbständiger Bundesstaat einen Bestandteil des förderativ aufzubauenden deutschen Reiches bilden solle. Dieser Antrag erfuhr eine nähere Begründung. Dabei erhob sich die Frage, ob es zweckmäßig sei, der Entwicklung hier vorzugreifen. Man unterhielt sich insbesondere auch über den Begriff „Föderalismus". Die CDU setzte sich stark für eine genügende Selbständigkeit der Länder im Rahmen des Reiches ein. Schließlich fand ein abgeänderter Antrag Annahme. In der Debatte wurde entschieden betont, daß Föderalismus nicht das geringste zu tun habe mit Partikularismus oder gar Separatismus.

Im Gegensatz zu einer Rede des demokratischen Abgeordneten Dr. Keßler in der letzten Plenarsitzung setzten sich verschiedene christlich-demokratische und sozialdemokratische Abgeordnete aus Baden aufs lebhafteste für die Wahrung badischer Belange ein. Von CDU-Seite wurde ausdrücklich verlangt, daß der badische Teil möglichst selbständig bleiben müsse, namentlich in seiner Verwaltung. Hier sei von dem Bestand zur Zeit des Beginns der Besatzung auszugehen. In Stuttgart sei da und dort offensichtlich das Bestreben vorhanden, alle wichtigen Aufgaben und Stellen aus Baden wegzunehmen und es so auszuhöhlen. Auch Min.-Präsident Dr. Maier habe wohl nicht die richtige Einfühlung in die tatsächliche Lage, wenn er Klagen aus Baden bagatellisiere und davon spreche, daß man nun in Baden in Württemberg einen „Sündenbock" erblicke. In Stuttgart müsse man immer davon ausgehen, wie es wäre, wenn Württemberg zu Baden käme und Karlsruhe Hauptstadt wäre. Es fehle in der Bürokratie allzu oft am nötigen Fingerspitzengefühl. Auch von Seiten der SPD wurde verlangt, daß maßgebende Behörden möglichst in Baden bleiben oder im Austausch dahin verlegt werden sollen. Es ist nach allgemeiner Ansicht klar, daß die südwürttembergischen und südbadischen Gebietsteile nicht für immer getrennt bleiben können.

In den Freitagsbesprechungen spielte u. a. die Immunität der Abgeordneten eine hervorstechende Rolle. Es herrschte dabei erfreulicherweise völlige Einmütigkeit darüber, daß solche Mißbräuche, wie sie schon vor 1933 die „Nazi-Parlamentarier" sich zu schulden kommen ließen, künftig keinesfalls mehr geduldet werden dürften, denn sie hätten sich auch staatspolitisch als äußerst schädlich erwiesen.

Auch der Abschnitt über die Rechtspflege gab im Rückblick auf die Erfahrungen der Nazizeit reichlich Anlaß zu grundlegenden Betrachtungen. Bei diesem wichtigen Kapitel wurde namentlich auch die Frage, welche Stellung der Richter einnehmen solle, eingehend erörtert. Die KPD wandte sich dabei als einzige Partei gegen die fernere Anstellung der Richter auf Lebenszeit und verlangte deren Wahl durchs Volk. Darüber, daß das aufs schwerste erschütterte Vertrauen zur Justiz möglichst rasch wiederhergestellt werden muß, herrschte im Ausschuß nur eine Meinung. Allseitige Zustimmung fanden auch die Ausführungen des Justizministers. Es ging daraus vor allem hervor, wie wichtig die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten ist. Das Gebot müsse lauten: Wenige, aber umso bessere Richter!

Zu Artikel 14 hatte die KPD folgenden Antrag eingereicht: „Im Falle, daß die Regierung oder eine andere Instanz die in der Verfassung garantierten Rechte verletzt, hat jeder Staatsbürger das Recht und die Pflicht, mit allen Mitteln den in der Verfassung garantierten Zustand wieder herzustellen." Die Antragsteller wurden darauf hingewiesen, daß ein derartiger Antrag unmöglich angenommen werden könnte, denn er würde allen möglichen „politischen Dummheiten" Tür und Tor öffnen. Wichtiger sei eine gute Zusammenarbeit aller demokratischen Richtungen und die Verhinderung der Zerplitterung im politischen Leben unseres Volkes. Nachdem der kommunistische Antrag auch sonst keine Gegenliebe fand, wurde er vor der Abstimmung zurückgezogen. K.

Ein Jahr süddeutsche Sanitätshilfe

Die großzügige Unterstützung durch die Centrale Sanitaire Suisse

Die Süddeutsche Aerzte- und Sanitätshilfe ist eine aus der Not der Zeit geborene Organisation. Die Begründer der Süddeutschen Aerzte- und Sanitätshilfe sind keine professionellen Wohlfahrtsleute, dafür aber Männer, die den Terror des nazistischen Schreckensregimes in all den Phasen seiner 12jährigen Gewaltsamkeiten in Konzentrationslagern und Verfolgungen am eigenen Körper kennen gelernt haben. Die Hilfe aus der Schweiz von der Centrale Sanitaire ermöglichte der Organisation einen schnellen Aufstieg. Den antifaschistischen Freunden in der Schweiz danken hunderte von Waisenkindern, die ihre Väter im Konzentrationslager verloren haben, tausende Witwen, deren Männer ermordet wurden und Zehntausende, die in der Zeit des Naziterrors in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern gequält und gefoltert wurden.

Mit den Krankenkassen wurden Sonderverträge abgeschlossen, die den Naziopfern die beste und weitgehendste Aerzte- und Krankenhausbehandlung sichert. Eine Apotheke mit ausgezeichneten Schweizer Medikamenten ist in Betrieb. Erholungsheime in Schopfloch auf der schwäb. Alb, in Ramsau bei Berchtesgaden, in Hinterzarten im Schwarzwald, in Bad Salzhausen bei Frankfurt, stehen unter der eigenen Verwaltung der Süddeutschen Aerzte- und Sanitätshilfe. Das Waldschlößchen bei Edenkoben in der Pfalz wird durch ein Partonat betreut. Allein das Harpprecht-Haus bei Schopfloch, das die Sektion Schwaben für die Opfer des Faschismus entgegenkommenderweise unentgeltlich zur Verfügung stellt, hat bis heute 407 ehemals aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen Inhaftierte 7582 Tage der besten Erholung bieten können.

In der Nähe von München wurde ein Kindersanatorium eröffnet, das 60 TBC und rachitisch gefährdete Kinder der Opfer des Faschismus aufnehmen kann. Diese Erholungsheime sind eines der wichtigsten Elemente bei der Wiederherstellung der Gesundheit der Opfer des Faschismus. Die Süddeutsche Aerzte- und Sanitätshilfe hat bereits im August vergangenen Jahres den größten Krankhäusern Stuttgarts wertvollste Medikamente zur Verfügung gestellt.

Das Kindererholungsheim des Württ. Roten Kreuzes in Schopfloch wird von der Süddeutschen Aerzte- und Sanitätshilfe zusätzlich mit Lebensmitteln versorgt.

In Stuttgart war es möglich, auch Flüchtlingskinder und besonders bedürftige Kinderwaisen zu beschenken. Diese Spenden wurden durch das Württ. Rote Kreuz verteilt.

Die Süddeutsche Aerzte- und Sanitätshilfe hilft den Opfern des Faschismus, denn: Die Verfolgten von gestern sind die Erbauer der Zukunft! S.

Die bisherige Tätigkeit der UN

New York, 5. Aug. (dana) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve Lie, erstattete einen ausführlichen Bericht über die bisherige Arbeit der dieser Organisation, über die Schwierigkeiten, die dieser Organisation entgegengetreten waren und über ihre zukünftigen Arbeiten.

„Es liegt kein Grund zu Enttäuschungen vor", erklärte der Generalsekretär, „wenn es auch der Organisation noch nicht gelungen ist, das Interesse der Völker soweit zu wecken, wie wir es erhofft hatten." Der Bericht stellt fest, daß die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Prinzip der Verständigung der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates basiere. Das Vetorecht verpflichtet die Mitglieder, unter sich selbst zu einer Einigung zu kommen.

Lie gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Organisation der Vereinten Nationen bald durch die Errichtung des Treuhänderrates vervollständigt werde. Der Treuhänderrat könnte erst errichtet werden, wenn die Nationen, die Gebiete unter Mandatsverwaltung besitzen, zu einem Uebereinkommen gelangen. Die Arbeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet — Gesundheitskonferenz, Flüchtlingsfrage und die vorgesehene internationale Handelskonferenz — wurde ausführlich in diesem Bericht erwähnt, ferner die Notwendigkeit einer größeren Propaganda, um die Welt auf die Arbeit der Vereinten Nationen aufmerksam zu machen. Es müßten Informationsstellen eingerichtet werden, um durch Presse, Veröffentlichungen, Radio und Filme die Verbindung mit den Völkern aufrechtzuerhalten.

Der Generalsekretär stellte fest, daß die Vereinten Nationen weder die Aufgabe einer Friedenskonferenz hätten, noch dazu ausgerüstet seien, als Schiedsrichter zwischen den Großmächten zu fungieren. Sie würden aber eine Organisation aufbauen, in der die Völker miteinander zusammenarbeiten können."

„Die Vereinten Nationen können ein Wohltäter der Menschheit werden", schloß Trygve Lie. „Ein Versagen der Vereinten Nationen bedeutet ein Versagen des Friedens, den Triumph der Zerstörung. Die Mitglieder der Vereinten Nationen tragen dafür die letzte Verantwortung."

Zur Kontrolle der Atomenergie

New York, 5. August. (dana) Der sowjetische Delegierte im Atom-Ausschuß der UN, Andrej Gromyko, erklärte am 1. d. Mts.: Ein Ueberwachungssystem, wie es in dem amerikanischen Plan für eine internationale Kontrolle der Atomenergie vorgesehen sei, könne mit der Souveränität der Staaten nicht vereinbart werden. Ein solches Ueberwachungssystem garantiere nicht den Frieden und die Sicherheit. Die einzig wirksame Methode zur Kontrolle der Atomenergie sei die Zusammenarbeit der Ver. Nationen. Die Sowjetunion schlüge daher eine Gesetzgebung für die Unterzeichnerstaaten vor, die eine schwere Bestrafung für die Verletzung eines internationalen Abkommens vorsähe. Nachdem der kanadische, australische, französische und holländische Vertreter ihre Zweifel über die Wirksamkeit eines internationalen Strafverfahrens bei Verletzung des Abkommens ausgedrückt hatten, beschloß der Atom-Ausschuß, daß der technische und wissenschaftliche Ausschuß einen Bericht ausarbeiten soll, inwieweit eine wirksame Kontrolle der Atomenergie möglich sei und durch welche Methoden dies erreicht werden könne.

Informationsaustausch der Atomforscher beschlossen

Oxford, 5. August. (dana) Atomwissenschaftler beschlossen am 30. Juli auf der internationalen Atom-Konferenz die Errichtung einer Weltzentrale zum Austausch von Informationen und Ideen auf dem Gebiet der Atomforschung für eine internationale Zusammenarbeit aller Länder, soweit es die staatlichen Gesetze zulassen. Auf der Konferenz wurde gleichfalls die Ernennung von Verbindungsbeamten vorgeschlagen. Als Hauptverbindungsbeamter wurde der engl. Physikprofessor M. H. L. Pryce Wykeham von der Universität Oxford ernannt.

Wie auf der Tagung der Atomforscher bekanntgegeben wurde, ist in den Ver. Staaten ein Modell für eine Atomkraftanlage im Bau, die voraussichtlich innerhalb eines Jahres fertiggestellt sein wird, eine endgültige Lösung in Frage stellen.

Erste Friedensprodukte der Atombombenfabrik

Oak Ridge (Tennessee), 5. August (dana) Die ersten Friedensprodukte der großen Atombombenfabrik wurden am Freitag in Form von erbsengroßen Teilchen der radioaktiven Kohle „14" Versuchsanstalten zum Gebrauch für mediz. und biolog. Forschungsarbeiten übergeben.

Die Partikel der radioaktiven Kohle wurden in den gleichen Uran-Oefen hergestellt, wie sie bei der Produktion von Atombomben verwandt wurden. In der Medizin wird die radioaktive Kohle „14" für die Erforschung von Krebs- und Zuckerkrankheiten verwandt. Die biologischen Forschungsarbeiten mit Kohle „14" suchten den Kohlegehalt im menschlichen Körper, besonders in Zähnen und Knochen, die Nutzbarmachung von Fetten im Körper und den Vorgang festzustellen, durch den Pflanzen Energie vom Sonnenlicht aufnehmen und sie als chemische Energie aufspeichern. In Kürze würden, wie von amtlicher Seite der Atombombenfabrik erklärt wurde, etwa 100 verschiedene Einheiten von radioaktivem Material hergestellt werden. Alle würden sie sich von großem Wert für die Lösung von wissenschaftlichen Problemen erweisen.

Deutsche Vermögenswerte in Oesterreich

Wien, 5. August. (dana) Der Befehlshaber der britischen Truppen in Oesterreich, General J. S. Steele, erklärte am 1. August in einer Pressekonferenz, daß Großbritannien gegen ein einseitiges Vorgehen in Bezug auf die deutschen Vermögenswerte in Oesterreich sei, solange nicht eine endgültige Entscheidung der vier Großmächte getroffen worden sei. Ein einseitiges Vorgehen könne eine endgültige Lösung in Frage stellen.

Ansiedlung sudetendeutscher Bergleute im Ruhrgebiet

Essen, 5. August. (dana). 12 000 sudetendeutsche Bergleute werden nach einem Uebereinkommen der Tschechoslowakei mit den amerik. Besatzungsbehörden in den nächsten drei Monaten mit ihren Familien in das Ruhrgebiet gebracht werden, um dem dort herrschenden Mangel an Arbeitskräften abzuhelfen.

Die ersten sieben Züge, die 1035 Bergarbeiter nach Deutschland bringen werden, sind bereits zusammengestellt. Die Unterkünfte für die Bergarbeiter und ihre Familien stellt das Wohnungsamt der britischen Militärregierung in Essen zur Verfügung.

Verschleppte Chinesen

Frankfurt, 5. August. (dana) Chinesen aus allen vier Besatzungszonen Deutschlands, die als verschleppte Personen gelten, können, wie die Abteilung für Verschleppte der amerikanischen Militärregierung am Mittwoch bekanntgab, nach Prüfung durch die chinesische Mission in ihre Heimat zurückkehren. Die Rückführungen werden im Laufe der nächsten Woche beginnen. 83 von ungefähr 120 Chinesen in der amerikanischen Zone sind bereits überprüft worden. Bis zum 7. August sollen sich alle, die bereits von der chinesischen Mission geprüft sind, zu dem nächstgelegenen Sammellager begeben, und zwar entweder in das UNRRA-Lager 547, in der Funkkaserne in München oder in das UNRRA-Lager 195 in der Siedlung Allendorf bei Marburg.

Die meisten Chinesen in der amerikanischen Zone werden mit der Eisenbahn nach Italien fahren und im August an Bord eines amerikanischen Schiffes von Neapel nach China gebracht werden. Sie werden mit rund 100 Chinesen aus der britischen, französischen, sowjetischen Zone, sowie Berlin und ungefähr 400 weiteren aus Italien zusammenreisen. Die meisten der verschleppten Chinesen sind Studenten, die während des Krieges nach Deutschland gebracht wurden.

Auswanderung von Juden aus Polen

Berlin, 5. August (dana) „Auf Grund von persönlichen Unterhaltungen mit Tausenden von polnischen Juden, sowie Besprechungen mit den verantwortlichen Leitern jüdischer Organisationen rechne ich mit einer Auswanderung von 60 000 Juden in den nächsten drei Monaten", erklärte Rabbi Philip S. Bernstein, der Berater des amerik. Militärbefehlshabers in jüdischen Angelegenheiten.

Rabbi Bernstein rechnet im kommenden Jahr mit einer Auswanderung von rund 100 000 Juden. Auf Grund der Möglichkeit, daß bedeutend mehr Juden als bisher nach Deutschland kommen werden, müßten umgehend entsprechende Pläne ausgearbeitet werden. Es müßten Möglichkeiten zur Aufnahme einer größeren Anzahl dieser Personen in der amerikanisch besetzten Zone von Deutschland und Oesterreich, in den übrigen von den Alliierten besetzten Zonen in Italien sowie in anderen Ländern erwogen werden.

Interessantes in Kürze

DANA-Meldungen:

Frankfurt. Ein Jugendleitertreffen des „Tages der jungen deutschen Generation" findet, wie Prof. Noack, politischer Referent beim groß-hessischen Ministerpräsident mitteilt, am 31. Aug., in Frankfurt am Main statt.

Düsseldorf. Deutsche Frauen, die zwischen dem 3. September 1939 und dem 20. Oktober 1945 einen Franzosen geheiratet haben, können von jetzt an bis zum 31. Dezember die französische Staatsangehörigkeit ihres Ehepartners erwerben, gibt das französische Generalkonsulat in Nordrhein-Westfalen bekannt.

Berlin. Ein weiterer Transport mit entlassenen Kriegsgefangenen aus Norwegen ist Samstagmorgen auf dem Lehrter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

Hamburg. Eine freiwirtschaftliche Vereinigung „Die radikal-soziale Freiheitspartei" ist mit Wirkung vom 22. Juli von der britischen Militärregierung für das Gebiet der Hansestadt Hamburg zugelassen worden und darf Kandidaten für die kommenden Wahlen namhaft machen.

Washington. Präsident Truman hat am Freitag die mit den Mitgliedern der amerik. Palästinakommission vorgesehenen Besprechungen auf die kommende Woche verschoben.

Paris. Der Prozeß gegen die französischen Admirale Auphan, Laborde, Marquis und Abrial beginnt vor dem Hohen franz. Gericht in Versailles am 12. August. Die Angeklagten werden beschuldigt, an der Versenkung der französischen Flotte am 7. November 1942 im Hafen von Toulon beteiligt gewesen zu sein.

Das freie Wort

Retauration?

Herr Franz Sprarier, Karlsruhe schreibt: „Der Wiener Kongreß hatte als innerpolitisches Ergebnis für Frankreich den Legitimismus zur Folge gehabt. Das Ergebnis einer mit größter Dynamik geführten Revolution war damit aufs schärfste gefährdet, wenn nicht gar illusorisch geworden. Diese Parallele zwingt sich heute auf bei der Betrachtung unserer gegenwärtigen innerpolitischen Lage. Das mit so großer Spannung erwartete Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus befindet sich im Stadium des Anlaufes. Eine Reihe von Spruchkammern tagten schon und zeitigten recht sonderbare Blüten. Nazi vom Jahre 1933 halten die Zeit für gekommen, das Vordringlichkeitsverfahren für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie wollen beizeiten den altgewohnten Platz wieder einnehmen. In Wirtschaftskreisen werden führende Leute „so dringend" benötigt, obwohl ohne die Anwesenheit der „nationalpolitisch Zuverlässigen" und stets „guten" Deutschen die Betriebe, Handel und Wandel schon seit dem totalen Zusammenbruch weitergingen. Die Herrschaften von der Reaktion werfen sich die Bälle mit meisterhafter Geschicklichkeit zu. Denn es war ja nicht jeder Reaktionär Mitglied der Partei. Er blieb ganz gerne bei den Deutschnationalen und ist auch bis heute einer geblieben und kann nun seinem in die Nazipartei geratenen Gesinnungsfreund wichtige Dienste leisten. Jedes Mittel ist dazu recht. Sogar das Gesetz zur Befreiung vom 5. 3. 46. Hier wird man ohne allzugroße finanzielle Opfer rehabilitiert. Seinem „Helfer" erweist man sich später dankbar und nützlich. Wer denkt angesichts einer solch verdächtigen Geschäftigkeit nicht an die Jahre 1920—22 zurück? Drei Jahre nach der Niederlage regten sich damals Reaktion und ihre Helfershelfer. Heute sind beide so stark, dies schon knapp ein Jahr nach dem Zusammenbruch zu tun, ist es wirklich so schwer, aus der Geschichte zu lernen? Sind wir nicht auf dem besten Wege, mit dem System der Spruchkammern denen die Tore zur Rückkehr zu öffnen, die eigentlich gar nichts innerlich mit dem Neubau unseres Staates zu tun haben dürften? Dabei darf man die Militaristen und ihre Offizierskliques nicht übersehen und unterschätzen. Warum ist dies möglich? Weil ungestraft dieselben Kreise, die unsere Niederlage verschuldeten, heute mit Drohungen arbeiten und so ein Gefühl der Furcht wachrufen können, das eben erst begonnen hat, sich zu verflüchtigen. Damit wird erreicht, daß Zeugen abgehalten werden, Belastungsargumente vorzutragen. Siehe Vorgänge in Erlangen usf. Weiter muß festgestellt werden, daß sich auf den Kommandobrücken in der Wirtschaft gar nichts geändert hat. Beweis: Herr Poensgen erneut an der Spitze der Ruhrwirtschaft. Bitte, leben wir nicht schon im Stadium der Restauration? Wo bleibt und blieb der Schwung zur endgültigen Säuberung und Abrechnung in unserem politischen Leben, der vor Hitlers Sturz so viele beseelte. Statt dessen wird wegen Nichtigkeiten oder aus Geltungsbedürfnis heraus zwischen tragenden demokratischen Parteien eine Pressefehde geführt, aus der die Reaktion mit Schmunzeln profitiert. Man möchte fast glauben, daß dem Deutschen wirklich der Mut zur Zivilcourage fehlt. Eines steht fest: Die Atmosphäre, die vor 24 Jahren einen Erzberger- und Rathenaumord hervorbrachte, ist schon wieder vorhanden und verdichtet sich von Tag zu Tag. Videant consules!

Stimme der Parteien

Zur Lösung des Flüchtlingsproblems

Die CDU, Kreisverband Sinsheim, brachte beim Kreistag, Kreisrat und Landrat der Stadt und des Landkreises Sinsheim am 17. 7. 1946 einen Antrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems ein, dem wir die folgenden Auszüge entnehmen: Schaffung einer überörtlichen, überparteilichen und überkonfessionellen Nothilfe, die von privater Hand geleitet wird. Hauptbestandteil dieser Nothilfe soll eine Bauabteilung sein, die sich nicht mit der Unterbringung der Flüchtlinge in vorhandenem Wohnraum beschäftigt, sondern neuen Wohnraum schafft. Der Mangel an Baumaterial soll durch Verwendung nichtkontingentierter Baustoffe, z. B. Lehmsteine, überwunden werden. Die CDU verlangt, daß sofort in allen Gemeinden, in denen sich Lehmgruben befinden, mit der Herstellung von Lehmsteinen begonnen wird. Die Erfahrung der Ostflüchtlinge soll dabei eingesetzt werden. Eine großzügige Planung soll alles für den Neubau im kommenden Frühjahr vorbereiten. Der Aufbau von kleinen Industrien und die Heimarbeitsmöglichkeiten müssen gefördert werden, wobei zu beachten ist, daß bei geringstem auswärtigen Rohstoffbedarf ein großer Arbeitszeitaufwand erforderlich ist. Die Arbeitskraft ist Deutschlands größter Reichtum. Die CDU fordert ihren nutzbringenden Einsatz auch im Hinblick auf die Devisenbeschaffung. Die CDU fordert, daß die Mietpreise für Flüchtlinge sich in tragbaren Grenzen bewegen, und daß sich keiner am Bruder aus dem Osten bereichern darf. Die CDU betont, daß der Flüchtling nicht als Ballast, sondern als Bruder betrachtet und behandelt werden muß. Die Bezeichnung „Flüchtling" muß sofort verschwinden, wenn er in die Gemeinschaft eingegliedert ist. Der Flüchtling muß als gleichwertiger und gleichberechtigter Mitbürger betrachtet und behandelt werden. Die CDU fordert eine brüderliche Verteilung der Lasten und eine brüderliche Aufteilung vorhandener Lebensmöglichkeiten. Die CDU fordert, daß in Fällen, in denen eindeutig festgestellt wurde, daß Geschäftsleute Unterschiede in der Behandlung der Kunden machen und Ware gegen Ware vertauschen, das Geschäft solchen weggenommen und einem anständigen Mitbürger übertragen wird. In scharfen Worten wendet sich der Antrag der CDU gegen Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die Bittsteller schikanieren oder unfreundlich behandeln. Die CDU macht darauf aufmerksam, daß der Nazi herrschte, der Antifaschist aber dienen muß. Sie fordert den Antinazigeist in den Aemtern und die Entfernung jedes Nicht-Pgs. der Nazimethoden gebraucht. Der Beamte, der Geschäftsleute bevorzugt, weil er ebenfalls von ihnen bevorzugt wird, ist fristlos zu entlassen und zu bestrafen. Um das Zusammenfinden und Zusammenleben der Flüchtlinge und Einheimischen zu fördern und alle Wege zu beschreiten, die über die materielle Not hinweghelfen und die große moralische Bedrängnis meistern, schlägt die CDU die kulturelle Betreuung der Flüchtlinge auf überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage innerhalb der zu gründenden Notgemeinschaft vor. In gemeinsamen Veranstaltungen sollen die Gebräuche unser

Karlsruher SPIEGEL

Verklärung

Das Gedächtnis der Verklärung Christi, das am 6. August gefeiert wird, ist eines der geheimnisvollsten, tiefsinnigsten und zugleich unbekanntesten Feste der Christenheit. Auf dem Bergkegel des Tabor, der am Südrand des galiläischen Gebirges fünfhundert Meter hoch über die Ebene Esdrelon aufragt, nur knappe zehn Luftkilometer vom Bergnest Nazareth entfernt, gegenüber dem von düsterer Weihe überschatteten Endor, — dort erschien der Heiland den Dreien in neuer, schreckenerregender Gestalt. Dies geschah fern von Jerusalem, seinem Hass, seinen Leidenschaften und Parteiungen, im Heimat- und Lieblingsland des Herrn, inmitten seiner Landschaft voll herber Anmut und Größe. Leiden, Tod und Verklärung sind nicht voneinander zu trennen. Der Herr steht vor den Seinen, und sein menschlicher Leib ist durchglüht von Seiner Gottheit. Die zweite göttliche Person in Ihm hat die Hülle der Verborgenheit im Irdischen gesprengt und leuchtet nun durch den von Ihrem Licht ganz durchdrängten Leib hindurch, strahlt hinaus in die Welt, blendet die Augen der Jünger und verwirrt ihren Geist mit dem Feuer Ihrer unerhörten Strahlung. Eine grenzenlose Verwirrung erfaßt die Drei, „Vom Schlafe übermannt" (nach Lukas), von der Erscheinung des Herrn betäubt und grenzenlos verwirrt, vermag Petrus nur mehr ein paar sinnlose Worte hervorzustammeln und sein Gefühl, daß hier eine Szene von grandioser Erhabenheit vor sich geht, in den so menschlichen Wunsch nach Verewigung des Augenblicks zu bannen: „Hier ist gut sein! Laß uns drei Zelte aufschlagen und hierbleiben, wenn Du willst . . ." Aber der Erste der Jünger erhält keine Antwort. Statt ihrer tönt die Stimme aus der Wolke herab, in der sich das Wohlgefallen des Vaters verkündigt. Nun ist es ganz zu Ende mit der Fassung der Jünger, sie fallen nieder, bebend vor Furcht. Sie spüren mit körperlichem Entsetzen, daß sie hier in das Kraftfeld des innergöttlichen Seins hineingeraten sind, dessen Dynamik alles Menschliche überwältigt. Es bedarf der liebevollen Berührung durch die Hand des Meisters, um sie aus ihrem Schrecken aufzuheben. So groß und über alles Begreifen mächtig erscheint der Herr in dieser Stunde, daß Seine vertrautesten Genossen, Petrus, Johannes und Jakobus, vor Seinem verklärten Leib erschauern. In diesem Augenblick hat er jene Gestalt vorweggenommen, in der Er in den vierzig Tagen nach dem Ostermorgen unter ihnen weilen sollte.

Nicht nur Seine persönliche Allmacht wird dadurch erwiesen, sein souveränes Erhabensein über Raum und Zeit. Zugleich leuchtet in nicht zu überbietender Deutlichkeit der sakramentale Charakter Seiner irdischen Existenz auf: Christus als das Ursakrament, als die Voraussetzung des Begriffs „Sakrament" überhaupt. So erscheint im Fest der Verklärung die christliche Theologie in nuce: das Geheimnis der Trinität, das Ursakrament der Menschwerdung und die Frohe Botschaft der Erlösung: Passion, Ostermorgen und Himmelfahrt.

Neuerung im Postsparkassendienst

Im Zuge der Ausgestaltung des Postsparkassendienstes in der US-Zone, für den nunmehr das Postsparkassenamt München zuständig ist, sind nach einer Mitteilung des Pressedienstes der Potsdirektion in Stuttgart jetzt wieder Ueberweisungen von Beträgen aus Postscheckkonten bei den Postscheckämtern München, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe und Frankfurt (Main) auf Postsparkonten beim Postsparkassenamt München zugelassen.

Die Karlsruher Rheinhäfen

Im Monat Juli 1946 sind in Karlsruhe 6 Güter-Boote, 9 Motorschiffe und 111 Schleppkähne, zusammen 126 Schiffe, eingetroffen. Gegenüber dem Monat Juni ist im Monat Juli beim Schiffsverkehr eine Steigerung von rund 71 Prozent zu verzeichnen. Besonders groß ist die Steigerung der Zahl der Schleppkähne, die sich um rund 80 Prozent vermehrt hat, was auch mit Rücksicht auf ihre Ladefähigkeit wirtschaftlich bedeutungsvoll ist.

Die im Juli 1946 eingetroffenen Schiffe haben 37 934 t Braunkohlenbriketts, 20 433 t Kies und Sand, 10 541 t Kohlen, 8 893 t Koks, zusammen 77 801 t, gebracht.

Abgefahren wurden in Richtung Straßburg 30 t Kohlen und in Richtung Mannheim 1 114 t Kies und Sand.

Der Gesamtverkehr hat hiernach im Monat Juli 1946 78 945 t betragen und damit die im Monat Juni erreichte Höchstziffer des monatlichen Verkehrs von 1946 mit 41 850 t um 37 055 t übertroffen = rund 89 Prozent. Weitere Verkehrssteigerungen sind in nächster Zeit sowohl bei der Zufuhr wie bei der Abfuhr zu erwarten. E. Pf.

Die Spruchkammer 1 tagte

Die Spruchkammer unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Eisenmann fällte in der öffentlichen Sitzung am Samstag fünf Urteile. Oeffentlicher Kläger war Dr. Treibmann.

Nicht ohne heitere Note war die Verhandlung des Gustav Dehmer, Georg-Friedrichstraße 13. Der Beklagte trat 1930 in die Partei ein und war außerdem Mitglied der SA. Er gehörte zu denjenigen, die den Versprechungen Glauben schenkte. Weil er nachgewiesenermaßen sich nicht sonderlich überzeugt betätigte und nach Aussagen seiner Arbeitskameraden ein unpolitischer Mensch gewesen sei, wurde er bei den Minderbelasteten eingereiht bei dreijähriger Bewährungsfrist und Einzug von 40 Prozent des Vermögens, jedoch mindestens 500 RM.

Wilhelm Geiger, Gerwigstraße 16, trat 1932 in die SA und 1933 in die Partei ein. Ein „gewissenhafter" Beamter des Fürsorgeamts hatte ihm unter der Bedingung Arbeit versprochen, daß er Mitglied der Partei und SA werde. Das Gericht ordnete ihn bei dreijähriger Bewährungsfrist zu den Minderbelasteten ein mit 25 Prozent Einzug des Vermögens (mindestens 500 RM und Kosten des Verfahrens).

Im Verfahren gegen den Bürogehilfen Gustav Heger, Wörthstraße 3, ergab die Verhandlung den typischen Fall eines Ueberläufers. Die Zeugenaussagen sprachen mehr für eine Be- als Entlastung. Als Aktivist kam er in die Gruppe der Belasteten unter Heranziehung zu Sonderarbeiten für ein Jahr. Einzug von 50 Prozent des Vermögens und Kosten des Verfahrens.

In den beiden letzten Fällen wurden Ernst Kallenbach, Bankangestellter, Humboldtstraße 26, und Karl Kornmüller, Telegraphenmeister, Kriegsstr. 3 a, in die Gruppe der Mitläufer eingestuft mit Geldstrafen von 300 und 200 RM und den Kosten des Verfahrens. P. S.

Verhalten bei Zwischenfällen mit amerikanischen Soldaten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei etwaigen Zwischenfällen mit amerikanischen Soldaten jeweils so rasch wie möglich die amerikanische Militärpolizei zu Hilfe zu rufen ist. Sie ist zu erreichen unter Telefonnummer 895; für Vorfälle in den Vororten kann auch die Telefonnummer 90 (jetzt Constabulary Police) angerufen werden. Außerdem soll stets so rasch wie möglich die deutsche Polizei benachrichtigt werden. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß Schuldige besser als bisher festgestellt werden können.

Prof. Dr. J. Wallot 70 Jahre alt. Am 6. August begeht ein hervorragender Gelehrter, Herr Prof. Dr. J. Wallot, der zur Zeit vertretungsweise an der Techn. Hochschule Karlsruhe wirkt, seinen 70. Geburtstag. Wallot war Schüler und Assistent von Röntgen und hat sich später hauptsächlich mit Untersuchungen über Nachrichtentechnik befaßt, die in seinem Werk „Einführung in die Theorie der Schwachstromtechnik" niedergelegt sind. Ferner beschäftigten ihn musikalisch-akustische Fragen, die ihm als ausübenden Musiker nahe lagen, sowie die exakte Schreibweise physikalischer Gleichungen. Weiteren wissenschaftlichen Kreisen ist er als Vorsitzender des Ausschusses für Einheiten und Formelzeichen (AEF) bekannt. 1937 wurde ihm in Anerkennung seiner wissenschaftlichen Verdienste die Siemens-Stephan-Gedenkplatte verliehen.

Ihren 80. Geburtstag feiert heute Frau Maria Mettenberger.

Das Fest der Goldenen Hochzeit begehen am 8. August die Eheleute August Scheurer, Rüppurr, Langestraße 100.

Goldene Ehejubiläen. Die Eheleute Heinrich Basemann, Forlenweg 13 wohnhaft, konnten am 1. August 1946 das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen. Dasselbe Fest zu feiern war am 2. August 1946 auch den Eheleuten Anton Zorn, Im Grün 16 wohnhaft, vergönnt. Der Landespräsident des Landesbezirks Baden und der Oberbürgermeister haben den Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrengabe überreichen lassen.

Karlsruher Sterbefälle

Emil Hofheinz, 74 J.; Bertha Becker geb. Hudity, 71 J.; Kreszentia Katharina Kreil, 40 J.; Eugenie Ottilie Sachsenmaier, geb. Lauinger, 45 J.; Ludwig Schneider, 78 J.; Gerhard Erwin Schneider, 3 J.; Anton Osuch, 82 J.; Lina Emilie Rettenmaier, geb. Ziegler, 53 J.; Theodor Glasstetter, 74 J.; Klara Gerstner, geb. Jüttner, 53 J.; Lina Elisa Wayand, geb. Sann, 37 J.; Karl Wilhelm Michel, 71 J.; Frieda Luise Pallmer, geb. Pallmer, 72 J.; Ludwig Bauch, 85 J.; Walter Viktor Bossert, 4 J.; Klaus Dieter Burkart, 10 Mte.; Helmut Kehrer, 5 Mte.; Reinhold Wuschler, 3 Mt.; Gisela Emma Schöttl, 2 Mt.; Horst Kirchhöfer, 2 Mte.; Theresia Maria Wojciechowska, 1 Mt.; Waltraut Zimpelmann, 2 Tage.

Wettervorhersage bis Mittwochabend

Warm, Gewitterneigung. Ueberwiegend sonniges und warmes Wetter, nur vorübergehend stärker bewölkt, mit gewittrigen Schauern.

Rheinwasserstände

Pegel: 4. August: Konstanz 435 (—4), Breisach 256 (—7), Kehl 305 (—3), Maxau 490 (—10), Mannheim-Rh. 385 (—), Mannheim-Neck. 385 (—9). 5. August: 430 (—5), Breisach 253 (—3), Kehl 298 (—7), Maxau 488 (—2), Mannheim-Rh. 378 (—7), Mannheim-Neck. 374 (—11).

Das Spruchkammer-Eilverfahren erweitert

Erlaß des Staatssekretärs für Sonderaufgaben

Stuttgart, 5. August. (dana) Der Kreis der für Eilverfahren vor den Spruchkammern zugelassenen Personen ist nach einem Erlaß des württembergisch-badischen Staatssekretariats für Sonderaufgaben erweitert worden. Die bisherige Beschränkung auf Personen, die in der Lebensmittelerzeugung, Lebensmittelverarbeitung oder im Gesundheitswesen tätig sind, wurde aufgehoben.

Voraussetzung für die Stellung eines Antrages auf Eilverfahren bleibt, daß eine rasche, endgültige Entscheidung der Spruchkammer aus besonders wichtigen Gründen, vor allem im Hinblick auf die Stellung des Betroffenen in der Oeffentlichkeit oder auf das Interesse an der Weiterführung seiner Tätigkeit unbedingt geboten erscheint. Voraussetzung ist ferner, daß der Betroffene nicht ohnehin auf Grund der unten aufgeführten Ausnahmen über den 1. August hinaus in seiner bisherigen Stellung weiter arbeiten kann.

Zu den Personengruppen, die nach dieser Entscheidung vorläufig in bisheriger Weise weiter arbeiten dürfen, gehören Inhaber und Beschäftigte von Kleinbetrieben mit weniger als zehn Arbeitnehmern (ausschließlich der Lehrlinge). Angehörige freier Berufe mit nicht mehr als zwei Hilfsangestellten. Behördenangehörige, die entweder schon vor dem 5. März 1946 in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt waren oder für die bis zum 31. Mai 1946 ein amerikanischer Fragebogen an die Militärregierung eingereicht wurde und die daraufhin bisher von dieser nicht entlassen worden sind, ferner sonstige Personen, die schon vor dem 5. März 1946 in gewöhnlicher Arbeit standen und schließlich alle, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind und nicht unter Gruppe I oder II des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus fallen und für die Artikel 5, 7, 8 und 9 des Gesetzes nicht zutreffen.

Die Zahl der für Behördenangehörige (einschl. der bei Körperschaften des öffentlichen Rechtes beschäftigten) insgesamt zugelassenen Eilverfahren muß zunächst begrenzt werden. Den Ministerien und obersten Landesbehörden wird für ihren Geschäftsbereich ein „Kontingent" zugeteilt, das vorläufig nicht überschritten werden darf.

Tausch von Liebesgabenpaketen verboten

Stuttgart, 5. Aug. (dana). Zur Verhütung des Mißbrauchs der jetzt in Deutschland eintreffenden ausländischen Liebesgabensendungen ist vom Länderrat ein Gesetz ausgearbeitet worden, das Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Vertauschs oder Verkaufs dieser Pakete vorsieht. Nach diesem Gesetz werden Personen, die gewerbsmäßig die von den privaten Wohlfahrtseinrichtungen oder vom Zentralausschuß zur Verteilung ausländischer Liebesgaben erhaltenen Pakete vertauschen oder verkaufen mit Geld- oder auch Gefängnisstrafen bestraft. Ferner können diese Personen von dem weiteren Empfang solcher Sendungen ausgeschlossen werden. Die dadurch freigewordenen Pakete werden an Bedürftige weitergegeben. Im Zusammenhang damit teilt der Länderrat mit, daß der Zentralausschuß zur Verteilung ausländischer Liebesgaben in Zukunft als Zoneneinrichtung des Länderrats betrachtet und damit der Kontrolle des Länderrats unterstehen wird.

Ein Jahr Hilfsdienst für Kriegsgefangene

Stuttgart, 5. Aug. (dana-Sonderdienst). Der „Such- und Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte" in Württemberg-Baden, der kürzlich auf sein einjähriges Bestehen zurückblicken konnte, vermittelte bisher rund 108 000 Lebenszeichen von Kriegsgefangenen. Der Hilfsdienst, der gemeinsam vom Roten Kreuz, dem Oekumenischen Rat der Kirchen, der Vatikanischen Mission und dem Weltbund christlicher junger Männer, YMCA, getragen wird, unterhält augenblicklich eine Zivilsuchkartei von 125 000 bis 130 000 Such- und Stammkarten. Seit der Jahreswende übersteigt die Zahl der Suchanträge für Zivilpersonen diejenige der Kriegsgefangenen-Suchanträge. In der Zeit vom 22. Sept. 45 bis zum 30. Juni 46 vermittelte der Hilfsdienst 224 000 Stück Kriegsgefangenenpost.

Bürgermeisterwahlen in Heidelberg

Im Heidelberger Rathaus fanden die Wahlen des Oberbürgermeisters und des ersten Bürgermeisters statt. Zum Oberbürgermeister wurde durch den Stadtrat der Kandidat der CDU Staatssekretär z. D. Dr. jur. Hugo Swart mit 21 von 24 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen gewählt. Mitte Oktober vorigen Jahres berief ihn Ministerpräsident Prof. Dr. Geiler als Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei in das Großhessische Staatsministerium nach Wiesbaden, wo der nunmehrige Oberbürgermeister von Heidelberg bis zum 3. Juli 1946 tätig gewesen ist. — Der neugewählte erste Bürgermeister Karl Bauer ist ein alter erprobter Aktivist der Freien Sozialistischen Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. Das Amt eines zweiten Bürgermeisters wurde vorläufig nicht besetzt.

Mannheimer Gewerkschaften fordern Todesstrafe für Schwarzhändler

Mannheim, 5. August. (dana) Die Todesstrafe für Schwarzhändler wurde in einer einstimmigen Entschließung der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes Mannheim der Fachgruppe Handel, Wirtschaft und Verkehr im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gefordert.

Die sozialen Verhältnisse der Schulkinder

Mannheim, 5. Aug. (dana) Eine Untersuchung und Befragung von 22 000 Mannheimer Volksschülern ergab kürzlich ein genaues Bild der augenblicklichen sozialen Lage der Schuljugend. Ueber drei Viertel der Schulkinder hatten an dem betreffenden Tage morgens entweder kein Frühstück oder nur ein unzureichendes erhalten. Dadurch ermüdeten die Kinder beim Unterricht und ihre Leistungsfähigkeit nahm stark ab. Die Hälfte aller Schulkinder, so wurde festgestellt, besitzt nur ein einziges Paar Schuhe und ein Viertel nur ein Kleidungsstück. Aus Mangel an Schuhwerk können 10 Prozent der Kinder nicht den Unterricht besuchen.

Die badische Viehzucht

Einen starken Rückgang weist der Rindviehbestand des Landes Südbaden (französische Zone) auf. Seit der letzten Zählung vor dem Kriege hat der Rindviehbestand bis Dezember 1945 um 57 507 Stück abgenommen. Um den Ausfall einigermaßen zu beheben, hat das Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung einen Nutzviehaustausch angeordnet, wodurch 91 000 Kühe und Rinder in die stärker betroffenen Gebiete geliefert werden sollen. Weiter wurden im laufenden Wirtschaftsjahr 790 Farren zugeteilt und die Milchleistungsprüfung wieder aufgenommen. Auch der Pferdebestand ist von 32 144 vor dem Kriege auf 22 263 also um 34 % zurückgegangen. Mit eine der Ursachen des Rückgangs ist die Lieferung von Pferden nach Frankreich. h. w.

Brennpunkt des Wohnungsbedarfes

Baden-Baden. Durch das badische Arbeitsministerium ist unsere Stadt mit Ermächtigung der Militärregierung mit sofortiger Wirkung zum Brennpunkt des Wohnungsbedarfes im Sinne des Wohnungsgesetzes vom 8. März 1946 erklärt worden. Danach ist der Zuzug nach Baden-Baden gesperrt. Wer seiner Tätigkeit wegen nicht unbedingt unentbehrlich ist, kann in andere Kreise verwiesen werden, wenn es der vordringliche Wohnungsbedarf erforderlich macht. Das besuchsweise Aufsuchen Baden-Badens ohne wichtigen Grund ist zu unterlassen.

Obst- und Gartenbauschule Baden-Baden

Die im Februar 1946 hier neu errichtete Obst- und Gartenbauschule hat dieser Tage ihr erstes Schulhalbjahr abgeschlossen. Der Anstalt ist ein Internat angegliedert. Die Schule ist staatlich und wird im allgemeinen Fragen vom Kultusministerium, in Fachfragen vom Landwirtschaftsministerium betreut. Das neue Schulhalbjahr beginnt am 1. September.

Die neue Aufgabe der Volksschule

Die Schaffung einer guten Volksschule ist Angelegenheit der Gesamtheit

„Die Volksschule muß wieder ihrer großen menschenbildenden Aufgabe zugeführt werden. Der Geist der Humanität muß hineinstrahlen in die Schule," sagte der zu früh verstorbene Ministerialrat Alois Kimmelmann.

„Unter Abkehr von verderblichen, verabscheuungswürdigen Irrlehren des Nationalsozialismus muß die Schule die Kinder wieder hinführen zur Ehrfurcht vor allem Hohen und Erhabenen, vor der Heiligkeit des menschlichen Lebens und sie bilden zur Bescheidenheit und Fleiß, zu rechtschaffenen, vernünftigen, religiös sittlichen Menschen und brauchbaren Gliedern einer neuen Gemeinschaft."

Er stellt diese Forderungen neben anderen aus der Tatsache heraus, daß unsere Volksschule in der Nazi-Zeit von einer menschenbildenden Anstalt herabsank zu einem traurigen Parteiinstrument, in welchem der alte Kenntnisstand zerfiel, die Moral zerstört, die Jugend auf Rassenüberlegenheit gedrillt und erzogen wurde zur Begehrlichkeit, Gewalttat, Ausrottung der Feinde, ob verwandte oder fremde. Das Elternhaus wurde als Erziehungsmacht ausgeschieden und der Schule fiel die Rolle der dienenden Magd zu, indem die Hitler-Jugend die geistige Führung beanspruchte und der Schule lediglich die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zuwies.

Wie diese geistige Erziehung aussah, ersieht man aus den Forderungen des nationalsozialistischen Unterrichts — Wiedererweckung altgermanischen Geistes — der Rassenkunde — über Religion.

Wer sich in diese Gedankengänge vertieft, der erkennt, wie notwendig es ist, eine völlige Abkehr herbeizuführen, wenn an einen Wiederaufstieg unseres Volkes über die Jugend überhaupt gedacht werden soll.

Ein neues Schulgesetz wird die Wege zur positiven Arbeit weisen müssen, und hat auch hierzu Kimmelmann mit klarem Blick, großem pädagogischem Verständnis und warmem Herzen schon beachtliche Hinweise gegeben.

Hinter uns liegt der Zusammenbruch einer Zeit, die untergehen mußte, vor uns die harte, entsagungsvolle Zeit des Wiederaufbaues. Dieser Wiederaufbau darf sich jedoch nicht nur nach der politischen Seite hin orientieren, sondern vor allem auch nach der pädagogischen. Aus demokratischen Gedankengängen heraus muß die Grundlage des politischen Gedankengutes dahin führen, Menschen heranzubilden, die als Bahnbrecher eines freien, menschenwürdigen Daseins betrachtet werden können für alle Glieder der menschlichen Gesellschaft und weiterhin der großen Völkerfamilie.

Pädagogisch muß die alte Forderung zur Durchführung kommen, Abkehr von der Lernschule, dem Buchwissen, dem Verbalismus und damit der Erziehung zur Passivität und Hinführung zur Erziehung zur Aktivität über die Arbeitsschule, durch Erlebnisunterricht, Selbstentfaltung des Kindes. Das Hauptgewicht liegt nicht in der Erzielung geistiger und seelischer Eindrücke, sondern in der Entfaltung und Geltendmachung der Eigenart des Menschen. Einflüsse von außen sollen nur das Wachsen und Erleben wecken, freimachen und steigern. Nicht das entscheidet, was der Mensch ist und weiß, sondern was er kann und leistet. Weiterhin müßte eine Führung der Jugend für die Nachschulzeit geschaffen werden. Gerade in der schlimmsten Zeit der Entwicklung fehlt der Jugend eine zweckdienliche Führung.

Wichtig ist weiterhin, daß die Schulaufsichtsbeamten nicht durch Büroarbeiten ihrer eigentlichen pädagogischen Arbeit entzogen werden und nicht nur Aufsicht sind, sondern führend sein können, gerade heute, da der Lehrerstand nahezu zertrümmert ist. Mit nur Lehrenden kann man die schweren Aufgaben der Volksschule nicht erfüllen, dazu braucht man Lehrer. Leider wurde neben der Schule als solche auch der Lehrerstand durch die NSDAP zerschlagen. Wie der Jugend, müßte auch dem Lehrerstand mit Objektivität gegenübergetreten werden, um auf eine Basis zu gelangen, die einen Wiederaufbau überhaupt ermöglicht.

Die Aufgabe der Schaffung einer guten Volksschule ist nicht nur eine Angelegenheit der Staatsführung, sondern des gesamten Volkes. Vorwärtstreibend war schon immer der Lehrerstand, der heute allerdings in der altgewohnten Geschlossenheit fehlt. Möge es auch hierin bald wieder ein Aufwärts geben zum Gedeihen unserer Volksschule. L.W.

Verbesserung der Sozialversicherung

Ein trauriges Kapitel aus der Unfallversicherung

Die Berufsgenossenschaften sind bekanntlich die Träger der Unfallversicherung. Als solche haben sie neben der ihnen gesetzlichen Verpflichtungen, die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten, auch in vorkommenden Fällen Ersatz des Schadens zu leisten, der bestehen kann in

1. Krankenbehandlung
2. Berufsfürsorge
3. Rente oder Krankengeld (Tagesgeld oder Familiengeld) für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit
4. Hinterbliebenenrente und Sterbegeld.

Sämtliche Leistungen errechnen sich aus dem Jahresarbeitsverdienst. Dieser soll mindestens das dreihundertfache des Ortslohnes für Erwachsene über 21 Jahre betragen.

Abgesehen von der Errechnung des Jahresarbeitsverdienstes durch Zuhilfenahme des Ortslohnes schwanken diese aber bei den verschiedenen Berufen ganz bedeutend und wirken sich natürlich auf die Rentner und Hinterbliebenen in ihren Bezügen sehr ungünstig aus.

Zunächst bei den Unfallverletzten selbst. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit — also 100 % — kommt nicht der volle Jahresarbeitsverdienst, sondern nur ⅔ von diesem in Betracht: die Vollrente. Diese beträgt also nur ⅔ des Jahresarbeitsverdienstes. Die Teilrente richtet sich ebenfalls nach der Vollrente.

Nimmt man z. B. an, der Jahresarbeitsverdienst wäre 1800 RM, so beträgt die Vollrente (= 100 %) nur 1200 RM; auf den Monat umgerechnet also 100 RM. Eine Teilrente von beispielsweise 40 % ergibt monatlich 48 RM usw.

Das würde u. U. noch zu ertragen sein. Aber wie steht es im Falle einer Witwenrente? Die Witwe erhält ⅓ des Jahresarbeitsverdienstes, von 1800 RM = 360 RM, also monatlich 30 RM. Das ist wirklich zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig.

Es gibt aber noch viel schlimmere Fälle. Da ist z. B. ein Fall aus der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft. Der Unfallverletzte, der an der sogenannten Proletarierkrankheit (schwere Staub-Lungenkrankheit) gestorben ist, hinterläßt eine Witwe. Da der Jahresarbeitsverdienst sage und schreibe 933.33 RM beträgt, erhält die Witwe ⅓ also 186.65 RM = 15.50 RM monatlich Witwenrente. Ist es zuviel gesagt, wenn man das als trauriges Kapitel bezeichnet? Dabei ist noch Streit darüber, ob der Verletzte überhaupt an den Folgen der Berufskrankheit gestorben ist.

Wenn jetzt an die Sanierung der Sozialversicherung herangegangen wird, dann dürfte dieser Fall Hinweis genug geben, nicht nur zu sanieren, sondern auch zu verbessern.

Radioprogramm

Stuttgarter Sender

Mittwoch, 7. August: 8.30—8.45 Tiergeschichten. 8.45 bis 9.00 Musikalische Kurzweil. 9.00—10.00 Programmvorschau. 10.00—10.30 Schulfunk: Schiller. 11.45—12.00 Vom Brotbacken — Backhilfen — Verwendung von Maismehl und Maisgrieß. 12.45—13.00 Silcher-Sextett. 15.00—15.15 Alte Bücher. 15.15—15.30 Hausmusik. 17.30—17.45 Geschichten für Kinder. 18.30—19.00 Perlen der Literatur. 19.00—19.15 Sport. 19.15—19.30 Margit Humbrecht singt. 19.30—19.45 Was verstehen wir unter Demokratie. 21.00 bis 22.00 Hörspiel.

Donnerstag, 8. August: 8.30—9.00 Engl. Unterricht. 10.00 bis 10.30 Schulfunk, Zeitgeschehen Die UNRRA. 11.00 bis 11.30 Schöne Stimmen. 11.30—12.00 Landfunk. 12.45 bis 13.00 Temolin-Sextett. 15.00—15.15 Blick in die Welt. 15.15—15.30 Streichmusik. 18.00—18.05 Nachrichten. 18.05 bis 18.30 Echo des Tages. 18.30—19.15 Wir stellen vor. 19.15—19.30 Wirtschaftsfragen. 19.30—20.00 Probleme der Gegenwart. Gespräch zwischen Franz Mittelbach und Rolf Nonnenmacher über die „Freimaurerei" 21.00 bis 21.30 Studio-Konzert. 21.30—21.45 Wie hören Sie Musik?

DAS WORT DER JUGEND

Unsere Flüchtlingskinder

Sie haben am wenigsten von allen verschuldet. Sie begreifen am wenigsten, um was es geht und leiden doch auch unter ihrem Schicksal. Eines Tages kommt der Vater heim, aufgeregt und bleich. Die Mutter beginnt zu weinen. Das Kind fragt, es bekommt aber keine Antwort, die es fassen kann. Nun beginnt ein hastiges Regen und Treiben. Das Notwendigste wird gepackt. An einem trüben Morgen geht es zur Bahn. Das Kind würde sich vielleicht sogar freuen, daß es einmal verreisen darf. Wenn nur die Mutter nicht so weinen würde und der Vater so ein ernstes Gesicht machte. Zum letzenmal sehen sie das Heimatdorf, das seit Generationen vertraute Bild.

Dann kommen die bitteren, entbehrungsreichen Wochen des Transports, des Flüchtlingslagers. Das Kind fragt oft: „Mutter, wann gehen wir denn wieder heim?" Aber die Antwort bleibt aus. Es schläft die ganze Zeit im Güterwagen, im Warteaal, im Bunker und in Baracken auf Stroh. Das schöne, weiche Bett ist zurückgeblieben in der Heimat. Endlich kommt der Tag, an dem der Bestimmungsort erreicht ist. Spät abends kommen sie an. Eine Nacht auf einer harten Bank im Rathaussaal wird verbracht. Und wieder fragt das Kind: „Mutter, wann gehen wir denn endlich wieder heim?" Und diesmal bekommt es vielleicht eine Antwort, die es garnicht begreift: „Hier sind wir jetzt daheim, hier ist unser Zuhause."

Am andern Tag geht es zu den Quartierwirten. Ein kleiner, enger, kahler Raum soll auf einmal die Heimat sein, an Stelle des schönen Bauernhofes mit dem Hund, den Pferden, den Kühen und all den vielen Haustieren? Trotzdem untersimmt das Kind die ersten Forschungsreisen. Hier gibt es ja auch Kinder. Aber sie sprechen etwas anders und sind fremd. Und doch werden hier im Spiel der Kinder oft zwischen zwei fremden Welten die ersten Brücken geschlagen. Dann kommt der erste Schultag in Deutschland. Mit Angst und Bangen beginnt er. Fest wird die Hand der Mutter umklammert. Und dann ist man ganz allein im großen Schulsaal bei all den vielen Kindern, die schreiben, rechnen und lesen und sich garnicht um einen kümmern. Vorne steht der Lehrer, erzählt etwas, was man nicht versteht. „Da sitzt aber doch das kleine Mädel, mit dem habe ich neulich schon Ball gespielt."

Es klingelt zur Pause. Alles geht in den Schulhof und spielt. Auch unser Kind macht mit. In zwei, drei Wochen hat es sich schon in die neue Gemeinschaft eingelebt und wenn wir alle mit gutem Willen mithelfen, wird das Kind die Frage: „Mutter, wann gehen wir denn endlich wieder heim?" immer seltener stellen und schließlich nur noch im Traum an die ferne Heimat zurückdenken.

Fr. Ko.

Die Werkschule der Flüchtlingskinder

Die Flüchtlingsfürsorge erschöpft sich nicht mit der Erfassung, der Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge, sondern das Problematische fängt erst dort an, wo die Seßhaftmachung mit der Einordnung in die Wirtschaft beginnt. Vor allem die Jugendlichen und die Kinder, also die Altersstufen von 12 bis 18 Jahren, erfordern eine besondere pädagogische Betreuung. Es ist keine Lösung, sie unterschiedslos in der Landwirtschaft anzusetzen, mit der Begründung, daß sich junge Menschen leichter an neue Verhältnisse gewöhnen als alte. Denn ein Teil dieser Jugendlichen (vor allem aus den Gebirgstälern Böhmens und Schlesiens) stammen aus alteingesessenen Handwerkerfamilien, aus deren Händen hochwertige Qualitätserzeugnisse (Glas, Keramik, Schnitzerei, Schmuckwaren, Musikinstrumente, Webwaren, Lederarbeiten u. ä.) hervorgegangen sind. Diese Erzeugnisse könnten die Grundlage einer neuen Exportwirtschaft bilden. Ihre Verfertiger müssen darum nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten angesetzt und im Hinblick auf den Nachwuchs besonders betreut werden. Aus der Jugend der Flüchtlinge könnten die neuen Stammarbeiter gebildet werden, weil sich bei dem Mangel an Lehrstellen kaum andere Möglichkeiten bieten.

Hier muß die Werkschule einsetzen. Sie allein ist die wirtschaftliche und erzieherische Form, die alle Probleme lösen könnte. Eine Schule muß es sein, weil die Kinder (man kann ohne weiteres die Jahrgänge von zwölf bis sechzehn Jahren erfassen) im stärksten Maße des Unterrichts in allen Elementarfächern bedürfen. Denn der Schulunterricht der letzten Jahre war, bedingt durch Kriegseinflüsse, Lehrermangel und Evakuierung, so schlecht, daß überall Lücken klaffen, die ergänzt werden müssen.

Eine Heimschule muß es sein, denn die Jugendlichen bedürfen der straffen Führung. Viele von ihnen sind elternlos, bei den meisten fehlte die väterliche Hand, und sie alle haben so viel Not und Verbrechen, soviel Schreckliches gesehen (zum Teil sogar selbst erduldet oder sogar ausgeübt), daß eine Umerziehung zu den Werten echter Demokratie ein dringendes Erfordernis ist. Die Loslösung von den Familienverhältnissen, die Einordnung in das Gemeinschaftserlebnis sind die besten Voraussetzungen für eine neue Lebensführung.

Eine Werkschule muß es sein, die den Sinn der Arbeit in den Mittelpunkt des Denkens stellt. Diese Jugendlichen, die so früh mit der Panzerfaust und der Eimerspritze vertraut wurden, während die anderen noch ihre kindlichen Spiele trieben, sollen die Segnungen des Friedens höher bewerten lernen als das Kriegshandwerk. Sie sollen aber auch die wertvollen handwerklichen Fähigkeiten, die sie seit Generationen vererbt in sich tragen, zur Blüte und zur vollen Entfaltung bringen lernen.

Eine Schule der Selbsthilfe soll es sein, denn die wirtschaftliche Not dieser Zeit zwingt zum Umdenken, treibt sie dazu an, neue Wege der Rohstofferfassung zu finden, um damit nicht Stapel- und Anlagewaren, sondern echte Verbrauchsgüter zu schaffen. Was die Vertriebenen, die arm und entblößt von allem, ankommen, brauchen, soll in diesen Werkschulen geschaffen werden. Vom einfachen Haushaltsgerät bis zum sinnvoll-schönen Schmuck ist ein breiter Kreis der Betätigung. Die besten Leistungen werden ausgewählt als Musterstücke für eine neue Exportindustrie, die als Heimarbeit in neuen Flüchtlingssiedlungen angesetzt wird. So entsteht eine produktive Flüchtlingsfürsorge, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, die aber zugleich auch eine Brücke baut in die zukünftige Wirtschaftsstruktur, um uns zu einer starken Behauptung und qualitativen Besserstellung zu führen. Wienn.

Das deutsche Jugendprogramm

Frankfurt, 5. August (dana) Offiziere der amerikanischen Militärregierung, des amerikanischen Hauptquartiers und verschiedener Abteilungen der amerikanischen Armee, die sich mit dem deutschen Jugendprogramm beschäftigten, werden auf Anordnung des Befehlshabers der amerikanischen Truppe, General Joseph T. McNarney, am 7., 8. und 9. August in Frankfurt zu einer Konferenz über Fragen des deutschen Jugendprogramms zusammenkommen. Sie werden über eine Zusammenarbeit von Militärregierung und Armee im Hinblick auf das deutsche Jugendprogramm beraten, alle Schwierigkeiten besprechen und eine gerechtere und bessere Anwendung der zur Verfügung stehenden Hilfsmittel erwägen.

Kulturnotizen

Die Volksschauspiele Oetigheim beginnen die diesjährige Saison am 11. August 1946, 14 Uhr. Technische unvorhergesehene Schwierigkeiten machten die Verlegung notwendig. Die für den 4. August 1946 gelösten Eintrittskarten gelten am 11. August 1946.

Die von Intendant Gottfried Haas-Berkow geleitete württembergische Landesbühne brachte im Stadttheater Eßlingen die deutsche Erstaufführung von Eugene O'Neills Stück „O Wildnis".

Pädagogische Konferenzen finden in den nächsten Wochen in allen Stadt- und Landkreisen Sachsens statt. Lehrer aller Schulgattungen, Schuldezernenten, Landräte, Bürgermeister, Vertreter der politischen

Der Sport

Pforzheim — Karlsruhe 3:4 (1:3)

Pforzheims Fußballfreunde hatten am Sonntag mit dem Städtespiel Pforzheim gegen Karlsruhe ihren großen Tag. Etwa 3000 Zuschauer waren Zeugen eines spannenden Kampfes, den die Karlsruher Vertretung verdient für sich entscheiden konnte. Schon das vorher ausgetragene Jugendauswahlspiel war reich an spannenden Momenten. Die Karlsruher Jungen konnten der Pforzheimer Vertretung mit 1:2 das Nachsehen geben.

Als Schiedsrichter Wacker (Niefern) das Spiel anpfiff, standen sich gegenüber: Pforzheim: Nonnenmacher; Kusterer (FCP), Roth (VfR); Voll (Dillweißenstein), Neuweiler (FCP), Kaiser (VfR), Bürkle (VfR), Hartmann (FCP), Rau (VfR), Fischer (FCP), Schradi (VfR), und Karlsruhe: Becker (Mühlburg); Stephan (Mühlburg), Hauer (Knielingen); Rastetter (Daxlanden), König (Knielingen), Seeburger (Mühlburg); Burger (Daxlanden), Rastetter (Mühlburg), Grobs (Knielingen), Bechtold (Knielingen), Fischer (Mühlburg).

Pforzheim hat Anstoß, und anfangs zeigt die Mannschaft ein ruhiges Zusammenspiel. Ohne überragende Züge, aber zweckmäßig und natürlich. Nach und nach setzt sich das bessere Zusammenspiel und die geschlossenere Mannschaftsleistung der Karlsruher durch und ihr methodisches Spiel gewinnt langsam die Oberhand. Bei Pforzheim war Linksaußen Bürkle ein glatter Versager und auch Neuweiler machte die Hitze zunächst schwer zu schaffen. Nonnenmacher war am 3. Tor nicht ganz schuldlos, während die übrigen Spieler die in sie gesetzten Erwartungen erfüllten. Die Karlsruher Mannschaft war auf jedem Posten gut besetzt, hervorzuheben war hier das ausgezeichnete Stellungsspiel des rechten Verteidigers Hauer. Nach dem Wechsel kam die Mannschaft durch die schwere Verletzung Stephans aus dem Tritt, der mit einem Schädelbruch ins Pforzh. Krankenhaus verbracht wurde. Bereits in der 5. Minute geht Karlsruhe überraschend in Führung. Eine tadellose Kombination schließt Grobs mit scharf plaziertem Schuß ab; dagegen ist Nonnenmacher machtlos. Pforzheim hat mehrmals Gelegenheit zum Ausgleich. In der 25. Minute kann Rastetter den 2. Erfolg für Karlsruhe erzielen und ein Mißverständnis in der Pforzheimer Hintermannschaft führt durchs Grobs zum 3. Tor. Langsam findet sich die Pforzheimer Auswahl wieder und ihr Spiel wird systemvoller. Durch einen unglücklichen Zusammenprall zwischen Schradi und Stephan muß letzterer verletzt vom Platz getragen werden. Aus einem Gedränge glückt es Mittelstürmer Rau, ein Tor aufzuholen.

Nach dem Wechsel gewinnt die Pforzheimer Mannschaft langsam Oberwasser. Die Karlsruher Hintermannschaft kann alle Angriffe abwehren, bis es dem Halblinken Hartmann gelingt, mit schönem Schuß auf 2:3 aufzuholen. Es sieht nach Ausgleich aus, aber Grobs schießt nach schönem Alleingang das 4. Tor. Als dann Bürkle 10 Minuten vor Schluß mit unhaltbarem Schrägschuß das 3. Tor für Pforzheim erzielen kann, verteidigt Karlsruhe mit Geschick seinen Vorsprung. H.W

Leichtathletik-Städtekampf Pforzheim—Karlsruhe

Karlsruhe siegt bei den Männern und Frauen, Pforzheim bei der Jugend und A.H.

Ausgesprochenes Leichtathletikwetter begünstigte die am Sonntagvormittag auf dem landschaftlich herrlich gelegenen Würmtal-Sportplatz zum Austrag gekommene Veranstaltung. In vier Klassen — Männer, Frauen, Jugend und A.H. — trafen sich die Besten der beiden Städte.

Bei den Männern siegte Karlsruhe nach spannenden, ständige Führungswechsel bedingenden Kämpfen knapp mit 59:56 Punkten, vornehmlich durch gute Leistungen von Nenninger und Beck, die in dieser Reihenfolge sowohl die 100 m in 11,1 bzw. 11,2 Sek. und den Weitsprung mit 6,69 m und 6,38 m gewannen, als auch maßgeblich an den beiden Staffelerfolgen beteiligt waren. Sehr angenehm überrascht haben Pforzheims Werfer, allen voran Hufnagel und Calmbach, die im Speer- und Diskuswerfen entscheidende Leistungen vollbrachten.

Einen ganz überlegenen Sieg erfochten Karlsruhes Frauen und hier war es insbesondere L. Unbescheid, die mit prächtigen Leistungen aufwartete. Erwartungsgemäß siegte sie im Kugelstoßen und Diskuswerfen, wobei sie im Kugelstoßen a. K. mit genau 13 m eine neue europäische Jahresbestleistung erzielte. Auch ihr Diskuswurf mit 34,23 Meter ist Jahresbestleistung. Pforzheim hatte in Gr. Federmann ihre überragende Kraft, die den Weitsprung mit der guten Leistung von 5,19 m und den Hochsprung mit 1,42 m gewann. Die bad. Meisterin Gänsle (K) übersprang wohl die gleiche Höhe, hatte aber mehr Versuche. Karlsruhe gewann schließlich 45:29.

Einen nicht ganz regulären Verlauf nahm der Kampf der Jugend, weil Pforzheim in Unkenntnis der Klasseneinteilung einige Leute eingesetzt hatte, die nicht mehr als Jugendliche anzusprechen sind. Ueberragend in dieser Klasse der Weitsprung von Beck (K) mit 6,49 m und das Kugelstoßergebnis von Hufnagel (Pf) mit 13,82 m. Pforzheim gewann mit 53:43 Punkten.

Einen weiteren Pforzheimer Sieg, und zwar mit 33:19 Punkten gab es in der A.H.-Klasse.

Ergebnisse: Männer: 100 m: 1. Nenninger (K) 11,1 Sek. 2. Beck (K) 11,2 Sek. 3. Boger (Pf) 12,1 Sek. 4. Lausch (Pf) 12,2 Sek. — 400 m: 1. Kern (Pf) 53,9 Sek. 2. Banser (K) 55,4 Sek. 3. Wolz (K) 56,6 Sek. 4. Hufnagel (Pf) 57,1 Sek. — 1500 m: 1. Heil (Pf) 4,16,4 Min. 2. Beerhorst (K) 4,31 Min. 3. von Bremen (K) 4,35,6 Min. 4. Lipps (Pf) 4,43 Min. — 4×100 m: 1. Karlsruhe 45,2 Sek. 2. Pforzheim 47,4 Sek. — Schwedenst.: 1. Karlsruhe 2,11,1 Min. 2. Pforzheim 2,13 Min. — Hochsprung: 1. Geist (K) 1,67 m. 2. Goldmann (Pf)) 1,62 m. 3. Banser (K) 1,62 m. 4. Holzinger (Pf) 1,62 m. — Weitsprung: 1. Nenninger (K) 6,69 m. 2. Beck (K) 6,38 m. 3. Lausch (Pf) 5,93 m. 4. Kugele (Pf) 5,66 m. — Kugelstoß: 1. Hille (K) 11,33 m. 2. Enghofer (Pf) 11,16 m. 3. Goldmann (Pf) 10,94 m. 4. Lauterbach (K) 9,59 m. — Diskus: 1. Calmbach (Pf) 41,74 m. 2. Goldmann (Pf) 35,62 m. 3. Hille (K) 34,97 m. 4. Lauterbach (K) 32,20 m. — Speer: 1. Hufnagel (Pf) 43,25 m. 2. Meinzer (K) 43,10 m. 3. Calmbach (Pf) 42,20 m. 4. Lauterbach (K) 40,75 m. — Hammer: 1. Siedler (Pf) 34,23 m. 2. Beffert (Pf) 34,17 m. 3. Bohnert (K) 20,18 m. 4. Jung (K) 19,54 m.

Jugend: 100 m: 1. Boger (Pf) 11,7 Sek. 2. Dauth (K) 12,0 Sek. 3. Durst (K) 12,1 Sek. 4. Brand (Pf) 12,7 Sek. — 400 m: 1. Hoffmann (K), 2. Erhard (Pf), 3. Kramer (K), 4. Maier (Pf). — 1500 m: 1. Federmann (Pf) 4,35,6 Min. 2. Hoffmann (K) 4,46,3 Min. 3. Voigt (Pf) 4,50,5 Min. 4. Maier (K) 4,54,1 Min. — 4×100 m: 1. Karlsruhe 47,3 Sek. 2. Pforzheim 49,1 Sek. — Hochsprung: 1. Federmann (Pf) 1,59 m. 2. Beck (K) 1,59 m. 3. Schär (Pf) 1,36 m. 4. Maier (K) 1,36 m. — Weitsprung: 1. Beck (K) 6,49 m. 2. Kugele (Pf) 5,65 m. 3. Boger (Pf) 5,47 m. 4. Rapp (K) 5,02 m. — Kugelstoß: 1. Hufnagel (Pf) 13,82 m. 2. Lück (K) 11,13 m. 3. Kramer (K) 10,04 m. 4. Schär (Pf) 9,76 m. — Diskus: 1. Hufnagel (Pf) 33,55 m. 2. Lausch (Pf) 26,40 m. 3. Lück (K) 25,49 m. 4. Hoffmann (K) 19,14 m. — Speer: 1. Hufnagel (Pf) 46,80 m. 2. Federmann (Pf) 42,50 m. 3. Lück (K) 36,70 m. 4. Beck (K).

*

Im Rahmen dieser Fußballgroßveranstaltung wurden anschließend zwischen namhaften Pforzheimer und Karlsruher Boxern eine Freiluftboxveranstaltung durchgeführt.

Im ersten Kampf standen sich im Jugendfedergewicht Van der Ehe (Pf) und Hugmann (K) gegenüber. Der Pforzheimer war seinem Gegner in jeder Beziehung überlegen und wurde überlegener Punktsieger. Im 2. Jugendfedergewichtskampf zwischen den beiden Kreismeistern Beck (Pf) und Stahl (K) hatte Stahl am Schluß die größeren Reserven und konnte Beck glatt auspunkten. Der Federgewichtskampf der Senioren, zwischen Niethammer (Pf) und Hugmann (K) war so richtig nach dem Herzen der Zuschauer. Niethammer ließ sich durch den guten Start des Karlsruhers nicht entmutigen und griff beherzt an. Knapper Punktsieger Hugmann (K). Der Kampf der beiden Federgewichtskreismeister Dittler (Pf) und Höss (K) war wohl der schönste des Tages. Dittler bewies wieder einmal mehr, daß er ein Könner von Format ist. An dem sicheren Punktsieg des Pforzheimer Boxers gab es keinen Zweifel. H.W.

*

Die kommende Badische Oberliga

Nachdem die bisherige Südd. Oberliga von der Militärregierung keine Genehmigung zur Weiterführung erhalten hat, werden, wie der Bad. Sportverband mitteilt, in den vier Ländern der US-Zone zunächst die Landesmeister ermittelt. Es ist beabsichtigt, daß jeweils die beiden Erstplazierten der einzelnen Länder in Vor- und Rückspielen den Süddeutschen Meister ermitteln. Nach den Beschlüssen des Bad. Verbands-Fußballtages wird sich die Badische Oberliga aus folgenden 14 Vereinen zusammensetzen: Waldhof, VfR Mannheim, Mannheim-Neckarau, Feudenheim, Viernheim, Sandhofen, Phönix Mannheim, KFV, Phönix Karlsruhe, VfB Mühlburg, Daxlanden, Knielingen, VfR Pforzheim und 1. FC Pforzheim.

Im Endspiel um die Kreismeisterschaft im Jugendfußball siegte Daxlanden über Hagsfeld 5:2.

Sportwoche des TuS Beiertheim

TuS Beiertheim — KFV 3:4 (1:2)

Zum Abschluß seiner Sportwoche lieferte der Jubilar ein ansprechendes Spiel gegen den KFV., der sich in keiner Spielphase zu geschlossenen Aktionen finden konnte. Beiertheim wirkte frischer und war weitaus eifriger. Außerdem zeigten sie geschickte, überraschende Züge und gestaltefen das Treffen jederzeit offen. Das haltbare Führungstor von Beiertheim glich KFV durch Morlock aus, der auch für die 2:1-Führung sorgte. Nach dem Wechsel gelang dem Gastgeber durch geschickten Flügelwechsel ein erneuter Ausgleich. Ehrmann erzielte das 3. Tor für KFV, aber wieder sorgte der Rechtsaußen Beiertheims für den Ausgleich. Kurz vor Schluß gelang Ahl durch plazierten Schuß der Siegestreffer. P.S.

Boxkämpfe im Vereinsheim

Wesentlich interessanter gestalteten sich die Boxkämpfe. 14 Kämpfe waren etwas reichlich, und die Quantität überstieg die Qualität, aber die Härte und Verbissenheit, mit der die Kämpfe durchgeführt wurden, machten sie interessant. Die meisten Kämpfe endeten vorzeitig. Man sah eine ganze Reihe talentierten Nachwuchses. Hervorzuheben wären die Gebrüder Stahl, die alle drei außergewöhnliche Boxtalente sind.

Gögel (KTSV) siegte über Kistner (Mühlburg). Blum (Mühlburg) gewann gegen Hackel (Beiertheim) n. P. Diener (Beiertheim) verlor gegen Stahl III n. P. Stahl II (KTSV) besiegte Laible (Mühlburg) durch Aufgabe in der 2. Runde. Hugle (Beiertheim) — Huber (KTSV) unentschieden. Woll (KTSV) besiegte Sommerock (Beiertheim) durch Aufgabe. Stahl I siegte über Schätzle (Beiertheim) durch ko. Winterle (Beierth.) verlor gegen König (KTSV) durch ko. Kemmet verlor gegen Grumann (KTSV) durch Aufgabe. Rau (KTSV) gewann gegen Stipf (Beiertheim) durch Aufgabe. Wirtz (KTSV) schlug Welte (Mühlburg), wurde aber wegen Unsportlichkeit disqualifiziert. Epp (KTSV) besiegte Branz durch Aufgabe, ebenso Stapf (KTSV) über Windbiel (Beiertheim) und Klett (KTSV) über Riesle (Beiertheim). P.S.

*

Am Sonntagvormittag wurden interne Vereinsmeisterschaften in Leichtathletik ausgetragen. Der Nachmittag brachte ein Schauturnen, bei welchem besonders die Mädchenabteilungen sehr zahlreich vertreten waren. In bunter Folge wechselten Singspiele der Kleinkinder, Volkstänze und Geschicklichkeitsübungen.

TuS 1884 — VfL Neckarau 4:12 (2:9)

Zu diesem Werbespiel hatte Beiertheim den Waldhof-Bezwinger VfL Neckarau zu Gast. Das Spiel begann vielversprechend. Sofort nach dem Anpfiff wurden von beiden Seiten zügige Angriffe vorgetragen und schon in der 2. Minute bringt Speck W. durch einen Bombenschuß Beiertheim in Führung. 4 Minuten später gleicht VfL durch seinen Halbrechten aus und in der 10. Minute kann wieder Speck W. ein schönes Tor erzielen. Die 13. Minute bringt durch Sutter für VfL wiederum den Ausgleich und nun ist es um B. geschehen. Eine sehr mangelhafte Deckungsarbeit der Abwehrreihen B. verhilft den Gästen zu einer Halbzeitführung von 2:9 Toren. Nach dem Wechsel kommt die Hintermannschaft wieder besser ins Spiel, kann jedoch in der 2. Min. das 10. Tor nicht verhindern. Nun kommt wieder mehr Fluß in die Arbeit der Stürmerreihe von B., Kiefer erzielt das 3. Tor und nach gleichmäßigem Spiel kann VfL noch zweimal erfolgreich sein, während Kreuzwieser für B. noch ein 4. Tor schießen kann. Das Spiel wurde von VfL durch seinen überlegen spielenden Sturm verdient hoch gewonnen.

Dienstag, 18.45 Uhr, Handball-Turnierspiele KTSV 46 — TV Spöck — SV Ettlingen.

Handball

Um die Kreismeisterschaft

KTSV 46 — Tsch Durlach 14:11. Bereits in den ersten Minuten hatte sich KTSV einen Vorsprung geholt, der dann bis zur Pause ausgeglichen wurde. Beide Mannschaften wechselten sich in der Führung ab und erst in den letzten Minuten konnte sich die bessere Elf den Endsieg sichern.

TV Handschuhsheim — Phönix Karlsruhe 1:10. Anläßlich der in Handschuhsheim zur Durchführung gekommenen Jubiläumsspiele wurden auch die Frauen des Phönix Karlsruhe als spielstärkste Karlsruher Mannschaft eingeladen. Handschuhsheim stand mit dem ehemaligen Bad. Meister VfR Mannheim punktegleich. In einem flüssigen Spiel konnte sich Phönix eindeutig durchsetzen und seine derzeitige Mannschaftsleistung als Badens führende Frauen-Elf unterstreichen.

Beiertheim — Rintheim. Am Mittwoch, dem 7. August, steigt um 19.15 Uhr auf dem Platze des TuS Beiertheim das Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft der Senioren.

Qualifikationsspiele der Bezirksklasse

Südstern — Mörsch 3:2. SpVg Ettlingen — Rüppurr 6:0. Allg.SpVg Durlach — Frankonia Karlsruhe 2:0. Weingarten — Hagsfeld 1:0.

	Sp.	gew.	verl.	une.	Tore	Pkt.
Durlach	8	6	1	1	26:10	13:3
Weingarten	7	5	2	—	26:11	10:4
Ettlingen	8	5	3	—	26:11	10:6
Frankonia	7	4	2	1	16:9	9:5
Hagsfeld	6	1	5	—	4:21	2:10
Rüppurr	8	—	8	—	6:43	0:16
Staffel 3						
Südstern	6	4	—	2	19:10	10:2
Blankenloch	7	3	3	1	14:13	7:7
Mörsch	6	3	3	—	10:9	6:6
Forchheim	6	2	3	1	9:13	5:7
Berghausen	7	2	5	—	8:14	4:10

Schwimmen

Karlsruhe schlägt Göppingen

Am letzten Sonntag standen sich in der württembergischen Schwimmsportmetropole Göppingen die Damen- und Herrenmannschaften des KSV Neptun 99, SV Gmünd sowie des SV Göppingen in einem Klubkampf gegenüber. Die Karlsruher Mannschaft, stark verjüngt durch neue Kräfte, zeigte eine weitere Formverbesserung und konnte mit einer Ausnahme sämtliche Wettbewerbe für sich entscheiden. Schon die einleitende 10×50-m-Kraulstaffel der Herren brachte die Gemüter der zahlreichen Zuschauer in Wallung und beim bekannten schwäbischen Lokalpatriotismus hatten es unsere Schwimmerinnen und Schwimmer nicht leicht, sich hier durchzusetzen. Nur durch Zielrichterentscheidung konnte der Sieg dem SV Göppingen zugesprochen werden. In den folgenden Wettbewerben drehten die Karlsruher den Spieß um und konnten nach hartem Kampf alle Staffeln für sich entscheiden. Ein Sonderlob gebührt den Karlsruher Damen. Sie waren es, die alle Wettbewerbe klar gewinnen konnten. In dieser Aufstellung dürften sie kaum einem ernsthaften Gegner in Süddeutschland haben. Bei den Herren ist die Leistung des jungen Seitel hervorzuheben, der in der 10×50-m-Bruststaffel mit 34 Sekunden Tagesbestzeit schwamm. Bei den Frauern waren Gloggengießer mit 28.9 und Franz Diehl mit 29 Sekunden am schnellsten.

Wasserballspiel: KSV Neptun — Göppinger SV 7:1 (3:1)

Endergebnis Herren: 1. KSV Neptun 28 Punkte. 2. SV Göppingen 20 Punkte. 3. SV Gmünd 12 Punkte.

Damen: 1. KSV Neptun 24 Punkte. 2. SV Göppingen 16 Punkte. 3. SV Gmünd 2 Punkte.

Radrennen

mit schwacher Organisation

Nachdem die ersten Radrennen einen erfreulichen Verlauf genommen hatten, waren zu dieser Veranstaltung nahezu 3000 Zuschauer erschienen. Die Veranstaltung endete mit einem Mißton, da das Kampfgericht nicht in der Lage war, ein klares Urteil zu fällen. Am Ende des 150 Runden Mannschaftsfahrens wurde nach mehr als ½-stündigen Debatten, an denen sich Fahrer, Außenstehende und Kampfgericht beteiligten, endlich das Ergebnis bekannt. Entweder gibt es Richtlinien im Sport oder keine, und die sind auch bei bekannten Sportlern anzuwenden.

Außerdem hatte die Bahn bei dem trockenen Wetter mehr Tücken als bei der letzten Veranstaltung, die im Regen gefahren wurde. Es gab beim Mannschaftsfahren eine Reihe von Stürzen, die des Ausscheiden mehrerer Paare nach sich zogen. Darunter befand sich der weitaus stärkste Fahrer des Feldes, Schertle, Stuttgart, der nach etwa 50 Runden bei einem Sturz sich eine Handverletzung zuzog. Sein Partner Bühler fuhr zunächst allein und bildete gegen Schluß mit Braun, Mannheim, eine neue Mannschaft. Es war für Bühler keine Freude, mit dem wohl schwächsten Fahrer des Feldes gepaart zu werden. Sein Verhalten war aber nicht im Sinne eines wahren Sportsmannes. Sieger des 150 Runden Mannschaftsfahrens wurden Steinhilp-Schwarz, Stuttgart, mit 15 Punkten vor den Gebrüdern Lederer, Feuerbach, 15 Punkte und Bühler-Braun mit 11 Punkten.

Die Fliegerrennen konnten reibungslos und ohne Stürze abgewickelt werden. Im Endlauf dominierte Schertle überlegen vor Bühler, Steinhilp und dem Mannheimer Tielemann. Im Ausscheidungsfahren der Unplazierten siegte Schwarz (Stuttgart) vor F. Lederer, Feuerbach. P.S.

*

In Offenburg gewann Phönix Karlsruhe nach gutem Spiel überlegen 9:3. — Die Generalversammlung des Phönix findet am Mittwoch, 7. August, 19.30 Uhr, im „Roten Haus" statt.

Neue deutsche Jahresbestleistung im Hochsprung. Auf der Leichtathletikveranstaltung, die Ulm 46 am Sonntag durchführte, erzielte im Hochsprung der Frauen Eckeit (MTV München) mit 1,57 eine neue Jahresbestleistung.

Hoff deutscher Schwergewichtsmeister

Walter Neusel (Bochum) und Hein ten Hoff (Oldenburg) standen sich am 3. August in einem, auf dem HSV-Platz durchgeführten 12-Runden-Boxkampf um die deutsche Schwergewichtsmeisterschaft gegenüber, den Hoff nach Punkten gewann.

Der 26 Jahre alte Hein ten Hoff beginnt den Kampf mit einer linken Geraden und zeigt bereits in der ersten Runde, daß er der Beweglichere der beiden Gegner ist. Neusel sucht den Nahkampf, dem der Oldenburger jedoch geschickt ausweicht und den ehemaligen Titelhalter mit linken Geraden auf Distanz hält. Ein linker Haken Neusels warnt den Herausforderer, der auch gleich seine Deckung hochreißt und mit einem rechten Haken Neusels Augenbraue wirksam trifft.

Zu Beginn der zweiten Runde trifft ten Hoff mit dem ersten Schlag wieder Neusels rechte Augenbraue, die zu bluten beginnt und ihn im Kampf behindert. Kurz danach trifft Neusel seinen Herausforderer mit einem harten linken Haken, worauf Hoff zu Boden muß. Bei 7 ertönt der Gong. Der erfahrene Neusel will in der 3. Runde die Chance nutzen und schlägt seine linken Haken wuchtig und mit großer Stärke. Hoff weist alle Angriffe zurück. Neusel wird in der 4. Runde stark gezeichnet und versucht, eine schnelle Entscheidung herbeizuführen. In der 5. Runde kommen Hoffs linke Gerade nicht genau genug und treffen nur die Deckung. Neusel versucht zu punkten und weicht schweren Schlägen aus. In der 6. Runde ist Neusel durch einen Doppelschlag in Gefahr, schlägt weniger, versucht aber, genauer und wirkungsvoller zu landen. In der Mitte der 7. Runde trifft Hoff zweimal schwer seinen Gegner, der durch blutende Augenbraue behindert ist. Auch in der 8. Runde geht Neusel in den Nahkampf. Wuchtig kommt Hoff mehrmals durch, doch fehlt es an Genauigkeit. Neusel versucht in der neunten Runde wirksame Schläge anzubringen. Hoff kontert jedoch hervorragend, geht aber trotz überlegener Reichweite auf Halbdistanz. Die Verteidigung des ehemaligen Meisters ist in der 10. und 11. Runde meisterhaft, während er Hoffs Schlägen an Wucht und Kraft fehlt. Beide Gegner versuchen in der 12. Runde eine Entscheidung. Neusel landet einen linken Haken. Seine Abwehrkraft ist jedoch stärker als der Wille des Oldenburgers, den Kampf entscheidend zu gewinnen. (dena)

DIE WIRTSCHAFT

Verteilungsschlüssel des Roheisen-Kontingents. Nach einem Beschluß des Länderratsdirektoriums ist jetzt der Verteilungsschlüssel für Walzwerkerzeugnisse für die amerikanische Zone festgelegt worden. Die Gesamtmenge des zur Verfügung stehenden Roheisenmaterials beträgt 154 000 t, von denen 102 000 t aus der britischen Zone, 52 000 t aus der amerikanischen Zone stammen. Von dieser Gesamtmenge stehen zur Verfügung der US-Armee 14 000 t, Die Eisenbahnverwaltung erhält 35 000 t, die Verwaltung der Binnenwasserwege 9000 t und die amerikanische Militärregierung als Reservebestand 6000 t. Hiernach bleibt für den Zivilbedarf der drei Länder der amerikanischen Zone einschließlich des amerikanischen Sektors Berlin eine Menge von 90 000 t.

Das Zivilkontingent von 90 000 t wird unter die verschiedenen Kontingentträger wie folgt verteilt: Die handwerklichen Betriebe erhalten 15 Proz., von denen Bayern einen Anteil von 50 Proz., Württemberg-Baden und Großhessen je 25 Proz. erhalten. Der Bergbaumarkt erhält 10 Proz. des Zivilkontingents, wovon auf Bayern 45 Proz., auf Württemberg-Baden 30 Proz. und auf Großhessen 25 Proz. entfallen.

Der Stahlbau ist an der Gesamtmenge mit 10 Proz. beteiligt. Ein Länderverteilungsschlüssel ist noch nicht festgelegt. Die restlichen 65 Proz. des Zivilkontingents gehen an die sonsige Industrie, wobei Bayern und Württemberg-Baden mit je 40 Proz., Großhessen mit 20 Proz. beteiligt sind.

Außer den 154 000 t Walzwerkerzeugnissen werden aus der britischen Zone noch 6000 t Grau- und Temperguß und 5000 t Stahlformguß für die amerikanische Zone geliefert. (dana)

Bankguthaben deutscher Kriegsgefangener. Das Länderratsdirektorium hat an die amerikanische Militärregierung einen Antrag gerichtet, die gesperrten Guthaben deutscher, nicht nationalsozialistischer Kriegsgefangener freizugeben. Durch die Freigabe soll erreicht werden, daß an Familien Kriegsgefangener, die nicht der Partei angehört haben, höhere Unterstützungsbeträge ausgezahlt werden können. (dana)

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US - WB - 101
Verantwortliche Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DANA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Familien-Nachrichten

Hilda Hanselmann, geb. Schiemer, meine lb. Frau u. herzensg. Mutt. starb unerw. rasch u. ließ uns in tief. Tr. zurück. Karl Hanselmann u. Tocht. Ruth; sowie Ang. Laubenweg 40. Beerd.: 6. 8., 13.30 Uhr, Friedh. Mühlburg.

August Kastner, Maschinenschlosser, geb. 2. 3. 1875, ist am 2. 8. nach langer, schwerer Krankheit sanft entschlafen. Frau Sofie Kastner nebst Kindern. Karlsruhe, Rüppurrer Str. 20. Beerdigung: Dienstag, 9 Uhr.

Ihre Vermählung geben bekannt: Franz Klein, Hildegard Klein geb. Rastätter. Karlsruhe, 6. August 1946. Gebhardstraße 52.

Anne Barbara Agathe. Unser Johannes hat ein Schwesterle bek. 29.7.46. Alfr. Gromer u. Frau Dorothea geb. Wetterer.

Veranstaltungen

Gloria-Palast, Rondellplatz. Bis einschließlich 16.8 August: „Sechs Schicksale". Ein fesselnder Film, der von den abenteuerlichen Schicksalen eines fluchbeladenen Fracks und seinen verschiedenen Trägern erzählt. Beginn: 15.00, 17.30, 20.00 Uhr. Benützen Sie den Vorverkauf von 10.00 bis 12.00 Uhr für den gleichen und folgenden Tag.

Palast-Lichtspiele, Herrenstr. 11: Ab 27. Juli wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen.

Atlantik-Lichtspiele, Kaiserstr. 5 (Durlacher Tor): „Stolz und Vorurteil", eine reizende Gesellschaftskomödie von Liebe und Glück. Anfangszeiten: 15.00, 17.30 u. 20.00 Uhr.

Rheingold, Rheinstraße 77, Ruf 6283: Tägl. 13 u. 15 Uhr: Der deutsche Spitzenfilm mit Hans Albers „Sergeant Berry". Jugendliche zugelassen.

Rheingold, Rheinstr. 77, Ruf 6283. Achtung! Ab heute täglich eine Spätvorstellung, 22.30 Uhr: „Sergeant Berry" mit Hans Albers. Vorverkauf an der Tageskasse.

Metropol, Neckarstr. 32. Tägl. 15.00, 17.30, 20.00 Uhr: Der große Revuefilm „Du warst nie berückender".

M.T. in K.-Durlach: Ein Spitzenfilm von Liebe und Leidenschaft „Nacht im Hafen" mit Jean Gabin u. Ida Lupino. Beginn: 3.15, 5.30, 8.00 Uhr.

Kali in K.-Durlach: „Sprechstunde für Liebe". Ein lustiger Liebesfilm mit Charles Boyer usw. Beginn 3.45, 6.00, 8.30 Uhr.

Skala in K.-Durlach, Pfinztalstr. 92a, Ruf 180, tägl. 16.00, 18.15 und 20.30 Uhr. Der große Abenteuerfilm „Nacht im Hafen". Jugendliche zugelassen.

Konzert-Café „Grüner Baum" am Durlacher Tor, Kaiserstraße 3, Tel. 7448. Jeden Nachm. u. Abend Konzert. Dienstag und Donnerstag Tanz. Montags Betriebsruhe.

Kaffee-Kabarett Roland, Ecke Kreuz- u. Hebelstraße. Täglich abends 19.30, Kabarett. Mittwoch, Samstag u. Sonntag, 16.00 und 19.30 Uhr, Kabarett u. Tanz. An den übrig. Nachm. 16 Uhr Konzert. Vorverk. v. 11—13 Uhr.

Gastspieldirektion Heinz Hoffmeister: Triumph der Heiterkeit, der Meisterabend froher Unterhaltung wird des großen Erfolges wegen am Samstag, den 10. August, 19.30 Uhr, in der Festhalle, Durlach, wiederholt. Zwei Stunden Jubel, Trubel, Fröhlichkeit. Karten im Vorverkauf: Kunsthaus Büchle, Ludwigsplatz, Germania-Kiosk, Buchhandlung Schauberger-Heß, Durlach und an der Abendkasse. Nach der Vorstellung Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

Amtliche Bekanntmachungen

Lohnsteuer bei sonstigen Bezügen. Auf d. sonst. insbesondere einmal. Bezüge eines Arbeitnehmers aus demselben Dienstverhältnis war nach § 40 des Einkommensteuergesetzes 1939 ein Sonderterif mit festen Hundertsätzen anzuwenden. Dieser Sondertarif ist durch Artikel III Ziffer 4 des Kontrollratsgesetzes Nr. 12 aufgehoben worden. Hiernach sind die sonstigen, insbesondere einmaligen Bezüge „nach den für die anderen Einkunftsarten anwendbaren Sätzen" zu versteuern. Unter diesen Sätzen waren nach einer Weisung des Landesfinanzamtes Baden in Karlsruhe vom Mai dieses Jahres die Hundertsätze zu verstehen, die dem Verhältnis der auf Grund der Lohnsteuertabelle aus dem Normallohn berechneten Lohnsteuer zum Normallohn entsprachen. Die so ermittelten Hundertsätze waren auf die sonstigen, insbesondere einmaligen Bezüge anzuwenden. Diese Regelung wird mit Wirkung vom 1. August d. J. an aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an sind die sonstigen, insbesondere einmaligen Bezüge dem Lohn oder Gehalt zuzurechnen. Die Lohnsteuer ist dann aus den Gesamtbezügen an Hand der z. Zt. geltenden Lohnsteuertabelle zu berechnen. Werden die sonstigen Bezüge für einen größeren Zeitraum als den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum gewährt, so sind sie auf die Lohnzahlungszeiträume zu verteilen, für die sie gewährt werden, höchstens jedoch auf zwölf Monate. In diesem Falle ist zur Ermittlung der für den letzten Lohnzahlungszeitraum einzubehaltenden Lohnsteuer das Steuerabzugsverfahren für die Lohnzahlungszeiträume aufzurollen, auf die die sonstigen Bezüge verteilt werden. Bei größeren Gehaltsschwankungen kann der Lohnsteuerberechnung das Monatsdurchschnittsgehalt zu Grunde gelegt werden. Nähere Auskunft erteilen die Finanzämter. Karlsruhe, 15. 7. 46. Der Landesbezirksdir. der Finanzen.

Schnittholzeinkaufsscheine für Handwerkerbetriebe. Für das III. Quartal können handwerkliche Betriebe Anträge auf Schnittholzzuteilung beim Wirtschaftsamt einreichen. Zuständig sind jedoch nur Handwerkerbetriebe, die ihren Wohnsitz im Stadtkreis Karlsruhe haben. In den Anträgen müssen folgende Punkte beantwortet sein:
1. Bedarfsmeldung für das III. Quartal; 2. Betriebsnummer; 3. Zahl der Beschäftigten; 4. Verwendungszweck; 5. Ausdrückliche Bestätigung, daß der Bedarf nur für den vorgesehenen Verwendungszweck angefordert wird und keinerlei Schnittholzbestände vorhanden sind.
Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Zuteilungen nur an Handwerkerbetriebe erfolgen, die das Holz im eigenen Betrieb be- und verarbeiten und nicht an Bedarfsträger, die Fertigware aus Holz beziehen. Zur Herstellung von Möbeln können Schnittholzscheine nicht zur Verfügung gestellt werden, da das Kontingent für das III. Quartal außerordentlich gering ist. Städtisches Wirtschaftsamt.

Veränderung Handelsregister A, Band II, O.Z. 85, Die bisherige offene Handelsgesellschaft Wilhelm Rech & Mai, Ettlingen, wurde durch Ausscheiden des Gesellschafters Hermann Mai, Kaufmann in Ettlingen, aufgelöst. Wilhelm Rech, Pflästerermeister in Ettlingen, führt seit 27. 9. 1945 das Geschäft unter der Firma „Wilhelm Rech, Ettlingen", weiter. Er hat die Firma ohne Liquidation mit allen Aktiven und Passiven übernommen.

Bauwesen Versicherungen

Wie und wann kommt man zu einem eigenen Haus? Diese Frage bewegt so manchen. Viele Tausende wohnen mit unserer Hilfe schon im eigenen Heim. **Soforiffinanzierung** bei 20 Proz. Eigenkapital möglich. Unser Prospekt „Der Weg zum Eigenheim" gibt Ihnen Aufschluß und zeigt Ihnen schöne Eigenheime mit Grundrissen. Auf Wunsch werden Sie durch einen Mitarbeiter kostenlos und unverbindlich beraten. Verlangen Sie kostenlose Druckschrift! Bausparkasse Mainz A.-G., Mainz.

An alle Ostflüchtlinge und Wohnungssuchende. Wir bieten ernsten Interessenten die Möglichkeit, im kommenden Jahr ihr Eigenheim zu bauen. Finanzierung und Bauausführung in bewährter und anerkannter Weise durch uns. Besuchen Sie unseren Aufklärungsvortrag in Bruchsal „Am letzten Brunnen", am Mittwoch, den 7. 8. 46 von 15—21 Uhr. Wenn am Besuch verhindert, so fordern Sie unseren Prospekt an. Generalvertretung L. Trunk, Karlsruhe, Postfach 66. Wohnungsbau — Finanzierung — Durchführung.

**Sie suchen eine Wohnung! Der